



Beschlüsse

**des Landesparteitags
der SPD Baden-Württemberg
am 16. November 2024
in Offenburg**

Berichterstatter:innen

Antragsbereich	Berichterstatter:innen
Europa	Leon Hahn Daniela Harsch
Arbeit und Soziales	Birte Könnecke René Repasi
Außen- und Sicherheitspolitik	Simone Höllmüller René Repasi
Bildung	Kevin Leiser Annalena Wirth
Gesundheit und Pflege	Miriam Koch Pascal Wasow
Innen und Recht	Viviane Sigg Annkathrin Wulff
Partei und Organisation	Daniela Harsch Katharina Spohrer
Verkehr und Infrastruktur	Daniela Harsch Florian Wahl
Wirtschaft	Leon Köpfle Farah Maktoul
Sonstiges	Daniela Harsch René Repasi
Initiativanträge	Leon Hahn Daniela Harsch

Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Stephanie Bernickel	Lars Castellucci
Leon Hahn	Jan Hambach	Daniela Harsch
Simone Höllmüller	Assad Hussain	Ademir Karamemedovic
Wolfgang Katzmarek	Miriam Koch	Birte Könnecke
Leon Köpfle	Kevin Leiser	Farah Maktoul
Judith Marvi	Katja Mast	Rene Repasi
Lina Seitzl	Viviane Sigg	Katharina Spohrer
Philippa Stolle	Tim Strobel	An Tang Huynh Trong An
Florian Wahl	Pascal Wasow	Jonas Weber
Boris Weihrauch	Annalena Wirth	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Inhaltsverzeichnis

WI - Wirtschaft

WI01	Zukunft. Gemeinsam. Machen - den wirtschaftlichen Wandel sozialdemokratisch gestalten.	9
WI04	Abbau von bürokratischen Hemmnissen für das Arbeiten und Wirtschaften von Unternehmen aus der Grenzregion in Frankreich	19
WI05	Die Energiewende schneller und gerechter meistern	20

IR - Innen und Recht

IR01	Damit unsere Demokratie wehrhaft bleibt	22
IR05	Jetzt in Integrationsmanagement stärker investieren, statt diese zu kürzen	31
IR06	Änderung des Sexualstrafrechts im Sinne einer "Ja heißt Ja" Regelung	32
IR09	Begrenzung der Großspenden an politische Parteien	33
IR11	Änderung des Kommunalwahlgesetzes Baden-Württemberg	34
IR13	Parität - auch im Gericht	35
IR15	Menschlichkeit zuerst. Für eine solidarische Migrationspolitik, die alle schützt!	36

PO - Partei und Organisation

PO03	Evaluierung der Größe und des Sitzungsturnus der Parteigremien	38
PO04	Die Parteiorganisation weiterentwickeln und flexiblere Zuständigkeiten ermöglichen	39

UV - Umwelt & Verkehr

UV03	Deutschlandticket sozial weiterentwickeln und Investitionspaket für ÖPNV schnüren	40
UV05	Verbot von Kurzstrecken-Inlandsflügen	41

B - Bildung

B07 Lehr und Lernmittelfreiheit analog und digital umsetzen!

42

G - Gesundheit und Pflege

G02	Nutzung von Behindertenparkplätzen bereits mit dem orangenen Parkausweis	43
G04	Pflegekräfte gewinnen, Ausbildung stärken, ausländische Fachkräfte schneller anerkennen	44
G07	Notwendigkeit einer genderspezifischen Forschung	45
G09	Stigmatisierung beenden! - PTBS bekämpfen	46
G14	Keine Kostenübernahme für homöopathische Arzneimittel durch die Gesetzliche Krankenversicherung und die Beihilfe für Beamt:innen	49

AS - Arbeit & Soziales

AS05	Digitale Zugangsrechte für Gewerkschaften im Betrieb gesetzlich verankern	50
AS07	Queeres Leben in Verwaltung und Betrieb schützen - Diskriminierung abbauen - Akzeptanz schaffen	51

SON - Sonstiges

SON02	Antrag auf Einführung des "Gender Budgeting" im Landeshaushalt	52
SON03	Internationaler Frauentag	53

Antrag WI01: Zukunft. Gemeinsam. Machen - den wirtschaftlichen Wandel sozialdemokratisch gestalten.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

1 Unser Bundesland hat sich in seiner Geschichte immer wieder erfolgreich gewandelt,
2 ist oft gestärkt aus Krisen hervorgegangen und hat sich den Herausforderungen der
3 Zeit mutig gestellt. Seit der Gründung von Baden-Württemberg haben wir als Land und
4 als Teil Deutschlands gelernt, mit tiefgreifenden Krisen und Wandel umzugehen – von
5 der Zerstörung durch den Krieg, über den wirtschaftlichen Aufschwung, bis hin zur
6 Digitalisierung. Jede dieser Phasen hat uns gezeigt: Baden-Württemberg ist stark,
7 weil wir Wandel nicht fürchten, sondern als Chance begreifen.

8 Heute stehen wir erneut vor Veränderung. Die Krisen, die uns umgeben – sei es der
9 Klimawandel, die Pandemie oder der Krieg in der Ukraine – erfordern entschlossenes
10 Handeln. Wir wissen: Wir können Wandel. Wir haben es immer wieder geschafft, aus
11 Umbrüchen Stärke zu schöpfen. Es geht um die Schaffung und den Erhalt von
12 Arbeitsplätzen.

13 Der Staat muss dabei eine aktive Rolle übernehmen, als Partner der Gesellschaft, der
14 Wirtschaft und der Umwelt. Es reicht nicht, nur zu reagieren. Wir müssen
15 vorausschauend agieren, um die Weichen für eine gerechte, nachhaltige und innovative
16 Zukunft zu stellen. Der Wandel hin zu einer klimaneutralen, sozial gerechten und
17 wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft ist kein Selbstläufer – es ist eine
18 Aufgabe, die wir gemeinsam bewältigen können.

19 Wir haben die Kraft und den Willen, Baden-Württemberg als Vorreiter für den sozialen
20 und ökologischen Wandel zu positionieren.

21 Inmitten dieses Wandels gibt es eine Konstante, die uns Sicherheit und Orientierung
22 bietet: die Soziale Marktwirtschaft. Sie hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist das
23 Fundament, auf dem unser wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ruht. Die Soziale
24 Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer
25 Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Sie ist das Modell, das es uns
26 ermöglicht, Wohlstand zu schaffen und gleichzeitig Solidarität und Zusammenhalt zu
27 fördern. Die Soziale Marktwirtschaft hat es vermocht, das Soziale mit dem
28 Marktwirtschaftlichen zu versöhnen. Wir orientieren unsere Politik am alten
29 Versprechen der sozialen Marktwirtschaft "Wohlstand für alle". Wir wollen die
30 zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit in unserer Gesellschaft
31 angehen durch eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen und von Kapitalerträgen.
32 Bei Rente, Gesundheit und Pflege können die Leistungen für alle verbessert werden,
33 wenn alle in unseren Sozialstaat einzahlen. Dafür wollen wir politische Mehrheiten
34 erringen und den Kern unserer sozialen Marktwirtschaft stärken.

35 Wir sind die Partei, die dafür kämpft, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht auf Kosten
36 der Schwächsten in unserer Gesellschaft geht. Wir stehen dafür ein, dass jede und
37 jeder eine faire Chance auf Teilhabe und Aufstieg erhält. Und wir setzen uns dafür
38 ein, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben, damit auch zukünftige
39 Generationen in einer lebenswerten Umwelt aufwachsen können. Unser Einsatz für
40 bessere Bildungschancen und Gebührenfreiheit von der KiTa bis zum Meister, für die

41 Reduktion von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern, für die
42 Fachkräfteeinwanderung oder die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum sind für uns
43 deshalb beides: Die Sicherstellung einer sozialen Gesellschaftsordnung, die Teilhabe
44 und Chancengleichheit ermöglicht - und gleichzeitig die politische Notwendigkeit,
45 Voraussetzungen für eine funktionierende und prosperierende Wirtschaft zu schaffen.

46 Die Herausforderungen unserer Zeit erfordern von uns, dass wir die Soziale
47 Marktwirtschaft weiterentwickeln und an die neuen Realitäten anpassen. Dies bedeutet,
48 dass wir den digitalen Wandel gestalten und dafür sorgen, dass alle von den Vorteilen
49 der Digitalisierung profitieren. Es bedeutet, dass wir den Klimaschutz zur zentralen
50 Aufgabe machen und eine nachhaltige Wirtschaft fördern. Und es bedeutet, dass wir die
51 soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und dafür sorgen, dass niemand in
52 unserem Land zurückgelassen wird. Dazu müssen Wohlstand und Wertschöpfung erhalten
53 bleiben.

54 Unsere wirtschaftspolitische Strategie setzt genau hier an. Sie ist ein Aufruf zur
55 Erneuerung und zur Gestaltung einer Zukunft, in der wirtschaftlicher Erfolg und
56 soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Gemeinsam wollen wir die Weichen stellen
57 für ein Baden-Württemberg, das auch in den kommenden Jahrzehnten ein Vorreiter in
58 Sachen Wertschöpfung, gute Arbeitsplätze, Innovation, Gerechtigkeit und
59 Nachhaltigkeit ist. Lasst uns diesen Weg gemeinsam gehen und die Soziale
60 Marktwirtschaft als Anker unserer Zukunft festigen. So können wir sicherstellen, dass
61 unser Land stark und gerecht bleibt – für uns und für die Generationen, die nach uns
62 kommen.

63 Zur sozialen Marktwirtschaft gehört ein investierender Staat, weil das Modell der
64 sozialen Marktwirtschaft auf einem Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Freiheit
65 und sozialer Gerechtigkeit beruht. Ein Staat muss in Infrastruktur und technologische
66 Innovation investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern. Dies
67 schließt die Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung sowie den Ausbau von
68 Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetzen ein. Solche Investitionen schaffen die
69 Grundlagen, damit Unternehmen produktiv arbeiten und wachsen können. In einer
70 sozialen Marktwirtschaft sorgt der Staat für soziale Sicherheitssysteme, wie
71 Arbeitslosenversicherung, Renten und Gesundheitsversorgung. Diese Systeme
72 garantieren, dass der wirtschaftliche Erfolg nicht auf Kosten der Schwächeren geht.
73 Staatliche Investitionen in das soziale Netz fördern sozialen Ausgleich und
74 Stabilität.

75 **Unser Ziel: Eine aktive Industrie- und Strukturpolitik durchs Land**

76 Die Industrieansiedlungen in anderen Bundesländern zeigen, dass es wichtig ist
77 frühzeitig Weichen zu stellen und sich als internationaler Industriestandort zu
78 präsentieren, um Investitionen zu generieren. Die Landesregierung muss hier endlich
79 ihrer Verantwortung im Sinne einer proaktiven Industriepolitik gerecht werden.

80 Durch eine zielgerichtete Unterstützung der Transformation, die Sicherstellung
81 zukunftsfähiger Energieversorgung und Infrastruktur und die Stärkung unseres
82 Arbeitsmarkts und der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte kann es
83 gelingen, Baden-Württemberg als Industrie- und Wirtschaftsstandort nicht nur zu
84 erhalten, sondern weiter nach vorne zu bringen.

85 **Transformation aktiv gestalten**

86 **Transformation braucht Investition:**

87 Die baden-württembergische Industrie und Wirtschaft stehen vor großen
88 Herausforderungen, um zukunftsfähige Industriearbeitsplätze zu erhalten insbesondere
89 bei

- 90 • der Umstellung von Produktionsprozessen
- 91 • Zugang zu Rohstoffen und Reduktion von Abhängigkeiten

92 Für diese Generationenherausforderung muss die Landesregierung ein milliardenschweres
93 Investitionspaket für die kommenden Jahren auflegen. Laut einer aktuellen Studie des
94 DGB müssen für die Bereiche Klima/Transformation, Infrastruktur, Wohnen, Gesundheit
95 und Bildung bis 2033 insgesamt 165 Milliarden Euro investiert werden. Dafür braucht
96 es mehr öffentliche, aber auch private Investitionen. Wir setzen uns für eine
97 deutliche Veränderung der Schuldenbremse im Grundgesetz ein, die es dem Staat
98 ermöglicht, umfangreiche zweckgebundene Investitionen für Infrastruktur und
99 Daseinsvorsorge vorzunehmen.

100 Wir setzen uns für die steuerliche Begünstigung von Wagniskapital ein, das zur
101 Finanzierung neuer Spitzentechnologie mobilisiert werden kann und wollen die
102 Förderinstrumente des Landes schneller und agiler dazu nutzen, Anreize zu geben,
103 Baden-Württemberg als erste Wahl unter den Bundesländern für Innovationsträger zu
104 machen.

105 Wir befürworten die Einführung einer Steuergutschrift auf klimafreundliche
106 Investitionen in Höhe von 25% des Investitionsbetrags über den Abschreibungszeitraum.
107 Durch den Investitionsbooster kann die öffentliche Hand mit jedem Euro unbürokratisch
108 das Dreifache an privaten Mitteln mobilisieren. Um langfristig Arbeitnehmer*innen
109 anzusprechen, braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum. Gerade in Ballungsgebieten, wo
110 viele Menschen arbeiten. Das Land ist hier gefordert, eine Landeswohnbaugesellschaft
111 zu gründen und vor allem in sozialen Wohnungsbau zu investieren. Auch in Städten
112 müssen in der Nähe des Arbeitsplatzes Mietwohnungen erschwinglich sein.

113 **Transformation braucht Dynamik:**

114 Schnellere Genehmigungsverfahren und ein leistungsfähigerer öffentlicher Dienst sind
115 Voraussetzungen gelingender Transformations- und Standortpolitik. Planungsverfahren
116 müssen vereinheitlicht werden, um die Fehleranfälligkeit zu reduzieren, die
117 Verwendung von einheitlichen Vorlagen zu ermöglichen und Klagerisiken zu minimieren.
118 Häufige und uneinheitliche Änderungen von Verfahrensvorschriften bewirken in der
119 Praxis oft das Gegenteil von Beschleunigung, sondern schaffen Unsicherheiten und
120 zusätzlichen Organisationsaufwand. Die tatsächlichen Probleme, die zu Verzögerungen
121 oder langen Verfahrensdauern führen, liegen aber oft im materiellen Recht.

122 Unübersichtliche Vorschriften, die oft sehr viel formalen Papiereinsatz und teure
123 Gutachten zur Folge haben, ohne im Ergebnis wesentliche Änderungen zu bewirken,
124 müssen kritisch und praxisnah überarbeitet werden.

125 Antragsprozesse müssen digital und bürgerfreundlich gestaltet sein,
126 Berichtspflichten, wo möglich zusammengelegt werden, ohne insbesondere den Schutz der
127 Beschäftigten oder der Umwelt zu gefährden.

128 Für eine tatkräftige, bürgernahe und partnerschaftlich agierende agile Verwaltung
129 benötigt es eine ausreichende Ausstattung mit Personal, insbesondere bei den Kommunen
130 und den unteren Verwaltungsbehörden, um das stetig gewachsene Aufgabenspektrum

131 kompetent bewältigen zu können.

132 Gut ausgestattete, digitalisierte und kompetente untere Verwaltungsbehörden können
133 durch den dort stattfindenden direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern dazu
134 beitragen, das Vertrauen in staatliche Institutionen maßgeblich zu erhöhen.

135 Transformation braucht Beratung:

136 Wir fordern in Baden-Württemberg die Einführung einer Transformationsagentur nach dem
137 Vorbild von Rheinland-Pfalz. Diese soll als Bindeglied zwischen Politik, Unternehmen
138 und Arbeitnehmer*innen Transparenz über die Chancen und Herausforderungen des Wandels
139 in der Arbeitswelt schaffen und konkrete Handlungsmöglichkeiten bieten. Geschulte
140 Transformationsbegleiter*innen sollen Betroffene individuell beraten und mit
141 relevanten Partnern wie der Agentur für Arbeit vernetzen. Zudem soll die Agentur
142 wissenschaftliche Begleitung, Bildungs- und Diskussionsangebote bereitstellen, um
143 gesamtgesellschaftliche Lösungen zu entwickeln.

144 Bei der Zuweisung neuer Gewerbeflächen sollen tarifgebundene Handwerks und
145 Industrieunternehmen bei ca. 70% der Fläche bevorzugt berücksichtigt werden, um faire
146 Arbeitsbedingungen und gute Löhne zu fördern. Auf der restlichen Flächen sollen
147 Startups und Neugründungen mit innovativen Ideen gefördert werden, diese können oft
148 nicht tarifliche Löhne zahlen, sind aber dennoch wichtig für die Weiterentwicklung
149 der Technologien in unserem Land. Wir fordern mehr zusammenhängende Gewerbeflächen in
150 den Regionalplänen und Flächennutzungsplänen einzuplanen, um Betriebserweiterungen
151 und Neuansiedlungen zu ermöglichen und nachhaltige Nutzung zu gewährleisten:
152 Gleichzeitig sollen nicht länger genutzte Flächen renaturiert und neue Flächen
153 nachhaltig und grün angelegt werden, um Umweltbelastungen zu minimieren.

154 **Transformation braucht zukunftsfähige Technologie**

155 Die kontinuierliche Weiterentwicklung bestehender und neuer Technologien wie
156 beispielsweise die künstliche Intelligenz (KI) sowie Start-ups sind für die soziale
157 Marktwirtschaft von zentraler Bedeutung, weil sie sowohl wirtschaftliches Wachstum
158 als auch soziale Gerechtigkeit fördern. In einer globalisierten Welt sind
159 Innovationskraft und technologische Fortschritte wichtige Bestandteile, um
160 vielfältige Anforderungen und Bedarfe auch zukünftig erfüllen zu können und global
161 wettbewerbsfähig zu bleiben. Start-ups spielen neben Hochschulen und
162 Forschungseinrichtungen dabei eine zentrale Rolle, da sie oft als Innovationsmotoren
163 fungieren, neue Ideen und Geschäftsmodelle entwickeln und etablierte Märkte
164 herausfordern. Dadurch entstehen nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern auch
165 langfristige Wachstumschancen. Um insbesondere die Ansiedlung von Start-ups zu
166 unterstützen, bedarf es eines Fonds zur Beteiligung an Ausgründungen aus Hochschule und
167 Start-ups. Dabei wollen wir auf eine Balance zwischen sinnvoller Evaluation und
168 einfachem Zugang zu Fördermitteln achten.

169 Baden-Württemberg muss ein Land der Tüftler bleiben. Landesprogramme (etwa
170 Batteriezellforschung, Künstliche Intelligenz etc.) müssen auf die industrielle
171 Resilienz und Transformation fokussiert werden. Neben der Grundlagenforschung soll
172 auch der Transfer von Forschungsergebnissen aus baden-württembergischen
173 Forschungseinrichtungen in unsere Unternehmen eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

174 Insbesondere die digitale Infrastruktur wollen wir mit Nachdruck ausbauen. Die

175 Grundlage für Transformation, KI und Quantencomputer ist ein flächendeckendes
176 Glasfasernetz. Hier ist unser Leitsatz: Jedes Gebäude muss einen Glasfaseranschluss
177 haben. Nicht drei, aber auch nicht keinen. Das Datenrecht ist so anzupassen, dass
178 Datenkooperationen und sichere Datenräume für die Entwicklung von KI und
179 Quantencomputer in Baden-Württemberg möglich werden. Dazu zählt auch die
180 softwareseitige Infrastruktur, die zu einem erheblichen Teil auf freier und Open
181 Source Software fußt. Wir wollen die Entwicklung dieser elementaren Bestandteile
182 unserer modernen Welt stärken, in dem wir die Förderfähigkeit im Rahmen des Start-Up
183 Fonds erweitern und dadurch den Sovereign Tech Fund ergänzen. Wir wollen unser
184 Datenrecht so anpassen, dass Datenkooperationen mit qualitativ hochwertigen und nach
185 anerkannten Standards kuratierten Daten über gemeinsame Repositorien für Fortschritt
186 und Entwicklung in Baden-Württemberg möglich werden. Datensicherheit und Datenschutz
187 müssen dabei gewahrt werden. Wir fordern, dass das Land dezentrale Zugänge zu KI-
188 Rechenzentren und Rechenkapazitäten für KMUs und Start-Ups ermöglicht, um den
189 bestehenden Mangel zu beheben. Supercomputing-Zugänge, die bisher nur für einen
190 kleineren Adressatenkreis in großen Forschungseinrichtungen verfügbar sind, müssen
191 für breitere Nutzergruppen kompatibel und zugänglich gemacht werden.

192 Denn Daten sind ein Schatz und bergen bisher ungenutztes Potential. Wir fordern
193 daher, dass mehr Beratungsstellen zur Nutzung des Datenpotenzials in Unternehmen und
194 bei KMUs initiiert werden, in Kooperation mit IHK, Handwerk und anderen relevanten
195 Organisationen. Darüber hinaus sollte das Ausbildungsprofil "KI Datenmanager", das
196 aus Baden-Württemberg entwickelt wurde, weiter gefördert und verbreitet werden.
197 Aktuell nutzen nur 10 Prozent der Unternehmen KI oder KI-Sprachmodelle zur
198 Unterstützung von Geschäfts- und Produktprozessen. Angesichts der milliardenschweren
199 Zusatz-Wertschöpfung, die durch KI möglich ist, muss dieser Anteil signifikant erhöht
200 werden. Wir fordern, dass Künstliche Intelligenz, digitale Komponenten und Daten als
201 Treibstoff für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer starken Industrie in der
202 Zukunft etabliert werden.

203 **Proaktive Struktur- und Ansiedlungspolitik zur Positionierung von Baden-Württemberg** 204 **als attraktiven Industriestandort**

205 Industrie- und Strukturpolitik bedeutet auch, geeignete Rahmenbedingungen zu
206 schaffen, damit sich zentrale Zukunfts- und Schlüsseltechnologien aus Baden-
207 Württemberg heraus entfalten können. Ob bei autonomem Fahren, der Unterstützung von
208 KI und Blockchain, der Bauindustrie von Morgen oder Luft- und Raumfahrt. Zu oft
209 tragen Bedenken, der Fokus auf Risiken statt Chancen und das Verharren in alten
210 Strukturen dazu bei, dass Schlüsseltechnologien nicht bei uns in Deutschland oder
211 Baden-Württemberg entstehen. Wir wollen als SPD Baden-Württemberg dafür sorgen, dass
212 diese Bedingungen vorliegen.

213 Dazu bedarf es einer Überarbeitung des Beihilferechts, um Schlüsseltechnologien
214 gezielt fördern zu können. Durch eine bessere Vernetzung und Cluster-Bildung wollen
215 wir unsere Innovationsstärke in Baden-Württemberg schneller und stärker dafür nutzen,
216 insbesondere die öffentlichen Akteure aus Forschung und Entwicklung mit den baden-
217 württembergische Unternehmen zu vernetzen. Durch einen schnellen Abbau von
218 Entwicklungshemmnissen bei regulatorischen Auflagen und schnelleren
219 Genehmigungsverfahren wollen wir gezielt Zukunftstechnologie fördern.

220 **Energie und Infrastruktur**

221 **Der raschere Umstieg auf erneuerbare Energien muss endlich vorangetrieben werden:**

222 Der schnelle Ausbau der gegenüber fossilen Energiequellen oft günstigeren und weniger
223 riskanten erneuerbaren Energien ist eine enorme Chance für unsere industrielle
224 Wertschöpfung.

225 Planfeststellungsverfahren zum Ausbau erneuerbarer Energien müssen beschleunigt
226 durchgeführt werden. Industrieansiedlungen müssen darin unterstützt werden, sich
227 autark und unabhängig Energie zu besorgen. Wir fordern die Sicherstellung einer
228 landesweiten Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen, dies
229 ist nicht nur entlang der großen Verteilnetze, ein wichtiger Schritt. Wir fordern die
230 Gründung einer Öffentlichen Investitionsgesellschaft (ÖIG), um gemeinsam mit den
231 regionalen und überregionalen Energieversorgern, den Anschluss und die Verteilung von
232 Wasserstoff zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Förderung des Aufbaus eigener
233 Erzeugungskapazitäten für Wasserstoff im Land elementar.

234 Der Ausbau der regenerativen Energieinfrastruktur, insbesondere PV-Anlagen auf
235 öffentlichen Gebäuden und mehr Standorte für Windkraft, muss vorangetrieben werden.
236 Zudem muss die baden-württembergische Industrie stärker darin unterstützt werden,
237 sich unabhängig von Energielieferungen (Gas/Kohle) aus autokratischen Staaten zu
238 machen.

239 Energieintensiv produzierende Betriebe sind elementarer Teil der industriellen
240 Wertschöpfungskette Baden-Württembergs. Wegen der sehr hohen und daraus folgend im
241 internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen Industriestrompreise drohen
242 Standortverlagerungen und -schließungen. Die energieintensiven Betriebe produzieren
243 wichtige Vorprodukte für andere Sektoren und sind insofern erforderlich für eine
244 gelingende Dekarbonisierung. Die Landesregierung soll sich daraus folgend für eine
245 Subventionierung der Industriestrompreise einsetzen, um die Abwanderung aus Baden-
246 Württemberg zu verhindern. Die Förderung energieintensiver Betriebe sollte
247 grundsätzlich an zwei Bedingungen geknüpft werden: Der Betrieb ist in der
248 Tarifbindung, und der Betrieb entwickelt ein Transformationskonzept u. a. zur
249 zukünftigen Energieeinsparung. Wir brauchen auf Bundes- und Landesebene höhere
250 Investitionen in die Schieneninfrastruktur, um mehr Güterverkehr aufs Gleis zu
251 setzen. Wir fordern eindringlich, dass der Ausbau der Rheintalbahn nicht verschleppt
252 wird - die Modernisierung dieser zentralen Verkehrsachse muss deutlich früher
253 erfolgen, um Baden-Württemberg und Europa nicht im Stau des Stillstands verharren zu
254 lassen.

255 **Beschleunigung des Netzausbaus und Umverteilung der Netzausbaukosten:**

256 Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss durch die Errichtung leistungsfähiger Netze
257 und durch eine dezentrale Energieerzeugung vor Ort beschleunigt werden. Der EnBW, den
258 verschiedenen Stadtwerken und andere kommunale Versorgungsträgern kommt hierbei eine
259 zentrale Rolle zu. Die Übertragungs- und Verteilnetze für Strom müssen dringend
260 modernisiert und ausgebaut werden, um die dezentrale Stromerzeugung zu unterstützen.
261 Eine gerechtere Verteilung der Netzausbaukosten ist erforderlich, um die Belastung
262 für die Verbraucher*innen zu minimieren. Wir begrüßen, dass die Festlegung der
263 Bundesnetzagentur die Netzausbaukosten im Verteilnetz ab 2025 gerechter verteilt.
264 Darüber hinaus braucht es die zeitliche Streckung der Refinanzierung der Netze durch
265 Instrumente wie bspw. Fonds, Sondervermögen, Amortisationskonten, Risikoteilung bei
266 privatrechtlich finanzierten Investitionen oder öffentliche Unternehmen und Banken.

267 **Baden-Württemberg als Vorreiter bei der Ladeinfrastruktur:**

268 Bis 2030 sollen alle 60 km eine 3600 kW-Ladestation, welche mit grünem Strom
269 betrieben werden, entlang der europäischen Haupttrouten sowie zwei Ladeanschlüsse für
270 LKW. Um Leitmarkt zu werden, insbesondere im Bereich der Nutzfahrzeuge, muss Baden-
271 Württemberg diese Ziele sogar übererfüllen. Dafür sind jährliche Ausbauziele und
272 entsprechende Maßnahmen erforderlich.

273 **Für eine aktive Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik für Baden-Württemberg**

274 Der Fachkräftemangel wird für immer mehr Unternehmen im Land zum Geschäftsrisiko. Wir
275 setzen als SPD Baden-Württemberg auf einen Mix aus Qualifizierung von Beschäftigten,
276 eine bessere Nutzung des Fachkräftepotenzials im Land sowie gezieltere Anwerbung von
277 Fachkräften und will hierfür im Doppelhaushalt 2025/2026 zusätzliche Mittel in Höhe
278 von 60 Mio. Euro einsetzen. Es muss Ziel sein, mehr in Qualifizierung und
279 Weiterbildung zu investieren. Generell müssen ungelernte Kräfte qualifiziert,
280 Menschen ohne Arbeit in eine Beschäftigung gebracht und Beschäftigte, deren
281 Arbeitsstellen wegfallen können, weitergebildet werden. Konkret wollen wir als SPD
282 Baden-Württemberg einen Weiterbildungsfonds einrichten und so unter anderem bis zu
283 110.000 Fachkräfte, die bei richtiger Ausbildung potenziell als solche tätig werden
284 könnten, aktivieren und für unsere Wirtschaft gewinnen.

285 Grundsätzlich muss die Bedeutung der beruflichen Ausbildung gestärkt werden. Zu
286 Beginn jedes Ausbildungsjahres hatten zuletzt viele Schülerinnen und Schüler mit
287 Hauptschulabschluss noch keinen Ausbildungsplatz, obwohl es mehr Ausbildungsplätze
288 als Bewerberinnen und Bewerber gab. Wir setzen uns als SPD für mehr gesellschaftliche
289 Anerkennung beruflicher Bildungsabschlüsse ein. Die Kampagnen aus Industrie und
290 Handwerk für berufliche Ausbildungsangebote wollen wir unterstützen. Auch
291 leistungsschwächere Jugendliche haben das Recht auf eine Ausbildung und werden für
292 den Arbeitsmarkt benötigt, weshalb die bedarfsorientierte pädagogische Begleitung der
293 Ausbildung über vom Land finanzierte Pädagoginnen und Pädagogen zugesichert werden
294 muss. Zudem muss die Berufsorientierung an allen Schulen gestärkt werden. In diesem
295 Zusammenhang war es ein schwerer Fehler, dass die grün-schwarze Landesregierung die
296 Verankerung der Berufsorientierung an Gymnasien im Schulgesetz verhindert hat.

297 Wir wollen das Programm Berufsorientierung an Gymnasien (BOGY) ausweiten und neben
298 Pflichtpraktika die Informations- und Beratungsangebote für Schülerinnen und Schüler
299 wie Eltern zu möglichen Bildungsabschlüssen in Baden-Württemberg verbessern. Dazu
300 soll auch die Vernetzung mit lokalen Unternehmen und Betrieben gestärkt werden.

301 Wir stehen als Sozialdemokratie klar zu einer offenen und fortschrittlichen
302 Einwanderungspolitik. Einwanderung bereichert unsere Gesellschaft kulturell,
303 wirtschaftlich und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Angesichts des Fachkräftemangels
304 in zahlreichen Branchen sehen wir es als unsere Pflicht, eine Gesellschaft zu
305 gestalten, in der Migrant*innen gute Lebensbedingungen und faire Arbeitschancen
306 vorfinden. Ein eigenes Landesprogramm zur Anwerbung von ausländischen Fachkräften
307 würde helfen, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ziel muss sein, ausländische
308 Fachkräfte durch Fachkräftebotschafter in ihrem Heimatland gezielt für bestimmte
309 Berufe in Baden-Württemberg zu gewinnen und sie und ihre Familien unter anderem bei
310 der Erledigung von Behördengängen, Wohnungssuche und Sprachkursen zu unterstützen. Im
311 Ausland erworbene Qualifikationen müssen schneller und unbürokratischer anerkannt

312 werden. Menschen aus dem Ausland, die schon in Deutschland leben, müssen schneller in
313 den Arbeitsmarkt integriert werden.

314 Die Studiengebühren für internationale Studierende in Baden-Württemberg führen zu
315 Nachteilen der Hochschulen im Wettbewerb um ausländische Studierende, wirken
316 abschreckend und sind sozial diskriminierend. Daher müssen diese endlich abgeschafft
317 werden. Der Ausbau der Betreuungskonzepte und Öffnungszeiten in KiTas sowie die
318 konsequente Umsetzung der gebunden Ganztageschulen ist eine Möglichkeit, mehr
319 Fachkräfte zu aktivieren. Nur durch den Ausbau gibt es eine echte Wahl zwischen
320 Familien/- und Erziehungszeiten und der Erwerbstätigkeit. der Vereinbarkeit von
321 Familie und Beruf beispielsweise durch den Ausbau von Betreuungskapazitäten. Der
322 Ausbau der Betreuungskonzepte und Öffnungszeiten in Kitas und die konsequente
323 Umsetzung der gebundenen Ganztageschulen ist eine Möglichkeit mehr Fachkräfte zu
324 aktivieren. Nur durch den Ausbau gibt es eine echte Wahl zwischen Familien/- und
325 Erziehungszeiten und der Erwerbstätigkeit.

326 Die Meisterprämie muss auf 3.000 EUR angehoben werden und auf Industriebetriebe
327 ausgeweitet werden, um Fachkräfte in Baden-Württemberg halten zu können und die
328 Attraktivität von Industriebetrieben zu erhöhen.

329 Bei der Anwerbung von Fachkräften sollte ein Brain-Drain vermieden werden, sondern
330 darauf geachtet werden eine win-win Situation für die Partnerländer/-Regionen zu
331 erzeugen.

332 Gleichzeitig ist die europäische Dimension entscheidend: Baden-Württemberg sollte
333 sich auch auf europäischer Ebene für die Schaffung und Finanzierung eines gemeinsamen
334 Fachkräfteanwerbeprogramms starkmachen, das legale und sichere Migrationswege
335 fördert. Dies würde nicht nur den Zugang für qualifizierte Fachkräfte nach Baden-
336 Württemberg erleichtern, sondern auch die Zusammenarbeit innerhalb der EU und die
337 europäische Freizügigkeit von Arbeitnehmerstärken. Ein europaweit standardisierter
338 Anerkennungsprozess für ausländische Qualifikationen würde den Zugang zum
339 Arbeitsmarkt beschleunigen und den Verwaltungsaufwand verringern, und die europäische
340 Wettbewerbsfähigkeit stärken.

341 Baden-Württemberg könnte so im Herzen Europas zu einem Vorreiter und Vorstreiter für
342 ein modernes und effizientes Migrationssystem werden, das Fachkräfte mobilisiert und
343 gleichzeitig faire Arbeits- und Lebensbedingungen garantiert. Durch legale
344 Migrationswege und klare Rahmenbedingungen sollte der Schutz und die Chancen für
345 Fachkräfte und deren Familien sowie deren sozialverträgliche Integration in die
346 Gesellschaft gefördert werden. Ein solcher Weg würde nicht nur den Fachkräftemangel
347 lindern, sondern auch langfristig die Innovationskraft und den wirtschaftlichen
348 Erfolg Baden-Württembergs sichern.

349 **Tariftreue ist ein Muss:**

350 Baden-Württemberg wird die öffentliche Vergabe grundsätzlich an die Einhaltung von
351 Tarifverträgen binden. Die Landesregierung soll einen wirksamen Beitrag leisten, den
352 dramatischen Verfall der Tarifbindung in Baden-Württemberg, wo nur noch jeder zweite
353 Beschäftigte durch Tarifverträge geschützt ist, zu stoppen. Wenn es um faire Löhne
354 und Wettbewerbsbedingungen geht, muss die öffentliche Hand mit guten Beispiel
355 vorangehen, weshalb im Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) die unterste
356 Entgeltgruppe des Tarifvertrags der Länder als Lohnuntergrenze bei öffentlichen

357 Aufträgen festgelegt werden soll. Darüber hinaus sollen in einer Novelle des LTMG
358 unter anderem die Kontrollen bezüglich der Einhaltung des Gesetzes gestärkt und bei
359 Bedarf notwendig werdende Sanktionen durchgesetzt werden. Um wirksame Anreize für
360 mehr Tarifbindung und die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden
361 zu setzen, soll die Landesregierung zukünftig aktiv auf Arbeitgeberverbände und
362 Gewerkschaften zugehen, mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen bestehender
363 Tarifverträge erreichen und damit die Ausweitung der Tarifbindung auf alle Betriebe
364 und Beschäftigten einer bestimmten Branche gewährleisten. Zielgerichtete öffentliche
365 Fördergelder werden im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt und an qualitative und
366 resiliente Kriterien gebunden. Dies bedeutet, öffentliche Zuwendungen sind an
367 Tariftreue sowie an Standortgarantien, Beschäftigungssicherung, Wahrung der
368 Mitbestimmungsrechte und angemessene Aktivitäten zur Aus- und Weiterbildung als
369 Zugangsvoraussetzungen zu knüpfen (soziale Konditionierung).

370 **Arbeitsschutz stärken:**

371 Für einen wirksameren betrieblichen Arbeitsschutz ist eine handlungsfähigere
372 staatliche Gewerbeaufsicht erforderlich. Die Landesregierung soll die Gewerbeaufsicht
373 personell stärken, damit zukünftig insbesondere kleine und mittlere Betriebe und ihre
374 Beschäftigten besser unterstützt werden können.

375 **Soziale Innovationen in der sozialen Marktwirtschaft:**

376 Soziale Innovationen, also Lösungen, die gesellschaftliche Herausforderungen
377 bewältigen und das soziale Zusammenleben verbessern, entfalten in Baden-Württemberg
378 nicht ihr Potenzial. Bei kluger politischer Gestaltung ermöglichen sie, etwa durch
379 Stärkung der Sharing Economy Ressourcen effizienter zu nutzen oder benachteiligte
380 Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen oder Langzeitarbeitslose besser in den
381 Arbeitsmarkt zu integrieren. Gerade Initiativen, die den Zugang zu Bildung verbessern
382 und soziale Hemmnisse abbauen, wie beispielsweise kostenlose Online-Kurse und mobile
383 Bildungsplattformen können auch durch das Land effektiv umgesetzt werden. Programme
384 zur Förderung sozialer Innovationen wollen wir in einer Landesregierung deshalb
385 bündeln, Kompetenzen und Zuständigkeiten zusammenführen und ihre Wirksamkeit stärker
386 bekannt machen.

387 **Wir brauchen die modernste Verwaltung in ganz Deutschland:**

388 Baden-Württemberg muss das führende Land in der Verwaltungsdigitalisierung werden.
389 Gerade mit Blick auf die große Zahl der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst, die
390 innerhalb der nächsten Jahre in den Ruhestand eintreten, ist es essenziell, die
391 Modernisierung der Landes- sowie der Stadt- und Gemeindeverwaltungen voranzubringen.
392 Statt Individuallösungen braucht es einheitliche Standards, die flächendeckend und
393 konsequent umgesetzt werden:

- 394 • Einführung der E-Akte,
- 395 • papierlose Verwaltungsarbeit,
- 396 • digitale Kollaborationstools,
- 397 • Interoperabilität digitaler Systeme,
- 398 • Umsetzung des OZG 2.0

399 Diese Maßnahmen erhöhen die Effizienz und Servicequalität der Verwaltung, aber auch
400 die Attraktivität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu oft fehlt es jedoch an

401 Know-how und finanziellen Mitteln, um den notwendigen Wandel vor Ort voranzutreiben.
402 Die [Komm.ONE](#) muss als IT-Dienstleistungsorganisation und Anstalt des öffentlichen
403 Rechts zu einem echten Service- und Informationsprovider weiterentwickelt werden.
404 Hier bedarf es Anreize, einer gezielten Innovationsförderung, Agilität im
405 Verwaltungsalltag, pragmatisch-unbürokratischer Lösungen und einer schlanken
406 Digitalisierungsstrategie für die Kommunen – initiiert durch das Land. Zur Umsetzung
407 streben wir an, die Digitalisierungskompetenz und -koordination auch innerhalb der
408 Landesregierung ressortübergreifend zu bündeln, beispielsweise durch ein eigenes
409 Digitalministerium oder eine Staatssekretärin bzw. einen Staatssekretär für
410 Digitalisierungsfragen. So gelingt die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung als
411 starker Ansprechpartner für Wirtschaft und Gesellschaft.

Antrag WI04: Abbau von bürokratischen Hemmnissen für das Arbeiten und Wirtschaften von Unternehmen aus der Grenzregion in Frankreich

Antragsteller*in: SPD KV Ortenau

Sachgebiet: WI - Wirtschaft

- 1 Der Landesparteitag möge die Landtagsfraktion beauftragen, sich für den Abbau von
- 2 bürokratischen Hemmnissen für das Arbeiten und Wirtschaften von Unternehmen aus der
- 3 Grenzregion zu Frankreich in Frankreich einzusetzen. Die Landesregierung soll im
- 4 Gespräch mit der Französischen Regional-Regierung und der Zentral-Regierung, die
- 5 zusätzlichen Hemmnisse beseitigen bzw. reduzieren

Antrag WI05: Die Energiewende schneller und gerechter meistern

Antragsteller*in: SPD KV Sigmaringen

Sachgebiet: WI - Wirtschaft

- 1 Wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen, muss uns die Energiewende gelingen.
2 Gleiches gilt, wenn uns niedrigere Energiepreise und ein starker Wirtschaftsstandort
3 in Baden-Württemberg auch in Zukunft wichtig sind. Unser Bundesland bietet mit seiner
4 vielfältigen Industrie und seiner enormen Finanzkraft die besten Voraussetzungen
5 dafür, diese Ziele zu erreichen. Leider heben wir dieses Potenzial bislang zu wenig
6 und leider nutzen wir die Energiewende zu wenig in unserem Sinne. Nachdem die SPD-
7 geführte Bundesregierung in den letzten drei Jahren eine enorme Beschleunigung der
8 Energiewende organisiert hat, wollen wir auch in Baden-Württemberg wieder
9 vorausseilen, statt hinterherzuhinken.
- 10 Kommunen sollen stärker von Windrädern profitieren
- 11 Gemeinden, auf deren Fläche Windkraftanlagen stehen, sollen finanziell von ihnen
12 profitieren. So sieht es § 6 EEG vor, den die SPD-geführte Bundesregierung 2023
13 reformiert hat. Wir teilen dieses Ziel und wollen Kommunen sowie ihre Bürgerinnen und
14 Bürger zukünftig noch stärker am Gewinn örtlicher Windräder beteiligen.
- 15 Noch zu oft begleiten die Planungen von Windrädern Konflikte und teils erbitterter
16 Widerstand von Teilen der Bevölkerung. Wir glauben, mit einem faireren
17 Beteiligungsmodell für mehr Akzeptanz und somit für eine schnellere und erfolgreiche
18 Energiewende sorgen zu können. Vor allem ist es für uns ein Gebot der Fairness:
19 Kommunen mit Windkraftanlagen geben Gemeindefläche auf zum Wohle der gesamten
20 Gesellschaft. In Baden-Württemberg befinden sich diese Flächen meistens auf dem Land,
21 während der Strom mehrheitlich in den Städten verbraucht wird. Indem wir die meistens
22 ländlichen Kommunen stärker finanziell beteiligen, schaffen wir ein Stück mehr
23 Gerechtigkeit in unserem Land.
- 24 Eine Vielzahl anderer Bundesländer haben bereits weitergehende Landesregelungen in
25 diese Richtung getroffen oder sich auf den Weg dorthin gemacht. Darunter sind zum
26 Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen,
27 Thüringen und Sachsen-Anhalt. Wir gehen nicht davon aus, dass in den nächsten Jahren
28 eine bundeseinheitliche Regelung zu erwarten ist, da eine solche nach gängiger
29 Auffassung verfassungswidrig wäre. Darum setzen wir uns für eine eigene
30 Landesregelung in Baden-Württemberg ein, die bürokratiearm Kommunen mit
31 Windkraftanlagen stärker an deren wirtschaftlichem Erfolg beteiligt.
- 32 Entscheidungsträgerinnen und -träger weiterbilden
- 33 Ein zentrales Problem für Windkraftanlagen bleiben die Genehmigungen, auch wenn die
34 SPD-geführte Bundesregierung die Verfahren deutlich beschleunigen konnte. Neben
35 rechtlichen Rahmenbedingungen spielt auch der Faktor Mensch eine maßgebliche Rolle.
36 So können sich Genehmigungszeiten massiv unterscheiden, je nachdem welche Behörde in
37 Baden-Württemberg betraut ist. Wir setzen uns für gezielte Fortbildungen für
38 Entscheidungsträgerinnen und -träger durch das Land ein, um flächendeckend eine hohe
39 Qualität und Geschwindigkeit überall dort erreichen, wo Planungs- oder
40 Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen bearbeitet werden.

41 Denkmalschutz planbarer machen, Genehmigungen beschleunigen

42 Der Denkmalschutz ist uns wichtig. Langwierige und unvorhersehbare
43 Einzelfallprüfungen, wenn es um Denkmäler geht, halten Genehmigungsverfahren von
44 Windkraftanlagen allerdings teils sehr lange auf. Wir setzen uns dafür ein, dass das
45 Ministerium für Landesplanung und Wohnen ein Konzept zum Umgang mit besonders
46 bedeutenden Denkmälern erarbeitet, das objektiv überprüfbare Kriterien festlegt, an
47 dem sich Projektierer orientieren können.

48 Mehr PV auf Gewerbedächern

49 Auf Gewerbedächer finden wir in Deutschland nach wie vor wenig PV-Anlagen. Bundesweit
50 sind es nur etwa zehn Prozent der verfügbaren Fläche. Die SPD-geführte
51 Bundesregierung unter anderem mit einer höheren Einspeisevergütung reagiert. Andere
52 Bundesländer wie z.B. Nordrhein-Westfalen werben allerdings gezielt für PV-Anlagen
53 auf Gewerbedächern und informieren gezielt (s. <https://www.pv-auf-gewerbe.nrw/>). Wir
54 setzen uns dafür ein, dass auch Baden-Württemberg eine solche Werbekampagne startet,
55 um mehr PV-Anlagen auf unsere Gewerbedächer zu bringen.

56 Landesweite Austauschplattform für erneuerbare Energie-Projekte

57 Die Energiewende ist dynamisch, vieles passiert gleichzeitig. Dabei kann es von
58 Vorteil sein, verschiedene Energieprojekte aufeinander abzustimmen, um
59 Synergieeffekte zu heben. Die Geschwindigkeit zu verlangsamen ist angesichts des
60 Klimawandels keine Option. Wir setzen uns deshalb für mehr Übersichtlichkeit in Form
61 einer landesweiten Austauschplattform ein, die kommunale Planungen, Projektplanungen
62 von Erneuerbaren Energien und Netzausbauprojekte umfasst. Das kann z.B. ermöglichen,
63 mehrere parallele Projekte von größeren Anlagen in einer Netzanschlussprüfung zu
64 bündeln und so Zeit zu gewinnen und Kapazitäten zu sparen.

65 Netzausbau beschleunigen

66 Wir müssen unsere Stromnetze schnell und weitreichend ausbauen, um die Energiewende
67 zu meistern. Nur so können wir ausreichend Erneuerbare Energien in unser
68 Energiesystem integrieren, den Strom dorthin leiten, wo er gebraucht wird, und die
69 Preise durch geringere Redispatchkosten langfristig erheblich senken. Die SPD-
70 geführte Bundesregierung hat beim Netzausbau schon enorme Fortschritte bewirkt.
71 Landesseits setzen wir uns dafür ein, den Flächenbedarf für den Netzausbau in die
72 Regionalplanung zu übernehmen, um noch schneller und besser planen zu können.

73 Bei neuen Netzen setzen wir auf Freileitungen. Sie sind leichter zu reparieren,
74 schneller zu bauen und ersparen den Stromkundinnen und -kunden Milliardenbeträge, da
75 sie auch deutlich günstiger sind als Erdleitungen.

Antrag IR01: Damit unsere Demokratie wehrhaft bleibt

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Der Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und der Bestand unserer rechtsstaatlichen
2 Demokratie wird insgesamt und tagtäglich auf eine harte Probe gestellt. Nie war der
3 Druck auf die zentralen Werte unserer Verfassung und auf die Demokratie so hoch wie
4 jetzt: In einer Zeit in der Rechtsextremismus, Rassismus und islamistischer Terror
5 zunehmen, wird unsere Gesellschaft ebenfalls durch einen verstärkten Antisemitismus
6 und die Aktivitäten der AfD, die der Verfassungsschutz als rechtsextremen
7 Verdachtsfall führt, herausgefordert. Wir halten dagegen und setzen auf einen starken
8 Staat. Für uns ist der Staat kein Selbstzweck, sondern er ist der Garant für
9 Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralität, Respekt und Toleranz. Um allen Menschen in
10 unserem Land zu ermöglichen, in Freiheit und Sicherheit zu leben, setzen wir uns als
11 SPD für tatkräftige und handlungsfähige Sicherheitsbehörden sowie eine Justiz ein,
12 die Gefahren für unsere Demokratie vorbeugend entgegentreten und diese auch personell
13 und technisch konsequent bekämpfen können.

14 1. Widerstandsfähiger Staat

15 1.1 Demokratie geht vom Volke aus

16 Eine Demokratie kann immer nur von der großen Mehrheit demokratisch denkender und
17 handelnder Bürgerinnen und Bürger getragen und auch verteidigt werden. Es liegt an
18 uns allen täglich dafür einzustehen, dass auch diejenigen ihre Meinung äußern können,
19 die wir nicht teilen.

20 Wir müssen Spaltung und Hetze entschieden entgegentreten. Nicht immer ist das einfach
21 und doch sorgen kleine Gesten wie das Einstehen für Menschen, die etwa in einer U-
22 Bahn bedroht, beleidigt oder sexistisch belästigt werden dafür, genau jenen
23 Zusammenhalt zu schaffen, der uns verloren zu gehen scheint.

24 1.2 Absicherung demokratischer Institutionen

25 In Polen und Ungarn wurde uns schmerzlich vor Augen geführt, wie Populisten
26 insbesondere die Justiz, die Medien und die Kultur als ihren Spielball missbrauchen
27 und gezielt attackieren. Dies macht deutlich, dass wir auch in unserem Bundesland
28 unsere Institutionen verfassungsfest machen müssen. Dies gilt in erster Linie für den
29 Verfassungsgerichtshof, der für Baden-Württemberg in vielfältigen
30 verfassungsrechtlichen Streitigkeiten entscheidet und dabei eine schützende
31 Grundposition mit Blick auf Grundrechte, den Schutz von Minderheiten und
32 Grundprinzipien wie der freien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder
33 Sozialstaatlichkeit einnimmt. Wir brauchen Mechanismen, den Verfassungsgerichtshof
34 vor möglichen Angriffen zu schützen. Im Hinblick auf die Lehren, die man
35 beispielsweise aus der Absenkung des Pensionsalters bei Richterinnen und Richtern in
36 Polen ziehen kann, fordern wir die geübte Praxis, pensionierte Richterinnen und
37 Richter nicht automatisch ausscheiden zu lassen, in eine gesetzliche Normierung zu
38 überführen. Wir benötigen eine Regelung in der Verfassung, dass der Spruchkörper als
39 solches geschützt wird und auch dann entscheidungsfähig bleibt, wenn eine Nach- oder
40 Ergänzungswahl im Landtag zu keiner Entscheidung führt. Hierzu müssen wir im
41 Einvernehmen mit den anderen demokratischen Fraktionen eine Entscheidung treffen. Wir

42 müssen außerdem verhindern, dass einfachgesetzliche Verfahrensregelungen geschaffen
43 werden können, die den Verfassungsgerichtshof in seiner Arbeit beeinträchtigen
44 könnten. Hierzu fordern wir die Durchführung einer wissenschaftlichen Analyse, die
45 sich intensiv mit den demokratischen Strukturen und Prozessen in Baden-Württemberg
46 auseinandersetzt. Sie soll prüfen, welche Risiken für die Demokratie - insbesondere
47 hinsichtlich der Verfahrensregelungen im Landtag, den Regelungen zum
48 Verfassungsgerichtshof und dem Landesamt für Verfassungsschutz - in unserem Land
49 bestehen, sollten extremistische Kräfte weiter erstarken. Ein besonderer Fokus soll
50 auch darauf gelegt werden, welche Spielräume eine autoritäre Partei auf Landesebene
51 hätte, um ihre Macht zum Schaden der Demokratie einzusetzen. Ggf. sind die Ergebnisse
52 der Analyse schnellstmöglich in politisches Handeln zu übersetzen.

53 Nicht nur der Verfassungsgerichtshof, auch unsere kommunale Selbstverwaltung muss vor
54 der Einflussnahme von Verfassungsfeinden geschützt werden. Auf kommunaler Ebene
55 finden die demokratischen Prozesse statt, deren Ergebnisse unmittelbar vor Ort
56 spürbar werden. Wenn kommunale Wahlämter von Antidemokraten besetzt werden, gefährdet
57 dies unsere Demokratie. Wir fordern daher, dass Personen, die wegen
58 demokratiefeindlicher Straftaten, wie beispielsweise Volksverhetzung oder dem
59 Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen verurteilt wurden, von der Wählbarkeit
60 ausgeschlossen werden können. Hierzu streben wir einen parteiübergreifenden Konsens
61 der demokratischen Parteien an, bei welchen Straftatbeständen dies zur Anwendung
62 kommen kann.

63 2. Konsequenter Staat

64 Die aktuellen Bedrohungen erfordern, dass wir die Abwehrkräfte unserer Demokratie
65 gegen ihre Feinde noch intensiver als bisher in den Blick nehmen und diese
66 verstärken. Dazu gehört insbesondere, dass der Staat mit allen rechtsstaatlichen
67 Mitteln und konsequent gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen, Strukturen, Vereine,
68 Parteien und auch Einzelpersonen vorgehen können muss. Die zuletzt von SPD-
69 Bundesinnenministerin Nancy Faeser ausgesprochenen Verbote der Neonazi-Vereinigung
70 „Hammerskins Deutschland“ oder der internationalen Organisation Samidoun als
71 zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene sind ein starkes Signal im Kampf
72 gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

73 Auch in Baden-Württemberg muss unmissverständlich klar sein: Organisationen und
74 Vereine, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung stellen, bekommen es mit
75 unserem Rechtsstaat zu tun. Wenn in unserem Land beispielsweise in salafistischen
76 Gebetsräumen Hass, Hetze und Antisemitismus verbreitet werden, wenn man dort zu
77 Gewalt aufruft oder sie gar feiert – dann schließen wir diese Räume.

78 Wir unterscheiden nicht zwischen auslandsbezogenem und inländischem
79 Rechtsextremismus. Wir handeln nach gleichen Maßstäben. Wir setzen uns für ein Verbot
80 der Grauen Wölfe ein und ihrem entsprechenden Erkennungszeichen wie z.B. dem
81 Wolfsgruß. Ein Verbot ist überfällig.

82 Menschen, die nach Deutschland kommen und hier schwere Straftaten begehen, müssen
83 nach der Verbüßung ihrer Strafe konsequent abgeschoben werden. Wer die Freiheiten,
84 die unser Land gewährt, missbraucht, verspielt jedes Bleiberecht.

85 2.1 Verfassungsschutz als Frühwarnsystem

86 Der Verfassungsschutz ist wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur unseres

87 Landes und als Frühwarnsystem zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung
88 unerlässlich. Für uns als SPD steht dabei - offenbar anders als für die AfD - außer
89 Frage, dass das Landesamt für Verfassungsschutz als eigenständige Behörde frei von
90 parteipolitischer Einflussnahme und ausschließlich auf Grundlage der geltenden
91 Gesetze über Maßnahmen zum Schutz unserer Verfassung entscheidet.

92 Neben radikalen Terrorgruppen im herkömmlichen Sinn nimmt insbesondere der sogenannte
93 „führerlose Widerstand“, d.h. unabhängig voneinander handelnde Täter mit einem
94 gemeinsamen ideologischen Überbau, eine immer größere Bedeutung innerhalb der
95 terroristischen Szene ein. Die Bekämpfung dieser Art von Tätern mit polizeilichen und
96 geheimdienstlichen Mitteln ist wesentlich schwerer, da hier herkömmliche
97 Anknüpfungspunkte in der interaktiven Kommunikation fehlen.

98 Das Landesamt für Verfassungsschutz muss personell und technisch so ausgestattet
99 sein, dass es Bedrohungen durch politischen Extremismus, Terrorismus sowie Spionage
100 rechtzeitig erkennen und einschätzen kann. Neben Investitionen in die Ausstattung ist
101 eine zeitgemäße Unterbringung des Landesamtes unabdingbar. Davon sind wir derzeit
102 weit entfernt. Deshalb wollen wir das Landesamt in neuen und den Herausforderungen
103 angemessenen Räumlichkeiten unterbringen. Dies muss nicht zwangsläufig in der
104 Landeshauptstadt erfolgen.

105 Verfassungsfeindliche Bestrebungen haben zugenommen und sich gewandelt. So hat sich
106 beispielsweise das Internet mit allen Plattformen wie Messenger, Telegram, soziale
107 Netzwerke oder Gamingplattformen zum zentralen Raum für extremistische (Selbst-)
108 Radikalisierung entwickelt. Der Verfassungsschutz benötigt ausreichend Ressourcen, um
109 diese Phänomene zu überwachen und Maßnahmen zu entwickeln. Deshalb sind auch
110 weitreichende nachrichtendienstliche Eingriffsbefugnisse erforderlich, um mit den
111 Verfassungsfeinden „auf Augenhöhe“ agieren zu können. Die Eingriffsbefugnisse müssen
112 dabei selbstverständlich den verfassungsrechtlichen Vorgaben des
113 Bundesverfassungsgerichts Stand halten können. Wir bekennen uns als SPD klar zum
114 Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei, allerdings braucht es nach
115 unserer Überzeugung eine intensivere Interaktion, insbesondere auch mit den Ordnungs-
116 und Waffenbehörden vor Ort. So ist es beispielsweise keinesfalls hinnehmbar, dass
117 Rechtsextremisten und Reichsbürger mit staatlicher Erlaubnis Waffen besitzen dürfen.

118 Ein starker Verfassungsschutz braucht auch eine starke parlamentarische Kontrolle.
119 Unter der grün-roten Regierungsmehrheit wurde 2015 in Baden-Württemberg das sog. G
120 10-Gremium erstmals durch die Einrichtung eines Parlamentarisches Kontrollgremiums
121 (PKG) abgelöst, das die Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz überwacht.
122 Fast zehn Jahre danach ist es an der Zeit, die Kontrollbefugnisse des PKG den in den
123 vergangenen Jahren steigenden Anforderungen ebenfalls anzupassen. Um eine
124 strukturelle Kontrolle auch künftig effektiv zu gewährleisten, fordern wir - analog
125 der Bundesebene - die Einrichtung eines Ständigen Bevollmächtigten, der das PKG
126 dauerhaft als Hilfsorgan unterstützt und der insbesondere im Auftrag und auf Weisung
127 des Gremiums ausgewählte Sachverhalte näher überprüfen kann. Darüber hinaus ist bei
128 der Besetzung der 3-köpfigen G 10-Kommission künftig sicherzustellen, dass auch den
129 Oppositionsfraktionen mindestens ein Vorschlagsrecht bei der Wahl der Mitglieder im
130 Landtag zukommt.

131 2.2 Starke Polizei

132 Die zunehmende Verlagerung des gesellschaftlichen Lebens ins Internet führt auch zu

133 einer Verlagerung der Kriminalität. Bei der Verfolgung von Kinderpornographie oder
134 organisierter Kriminalität sind wir auf Erkenntnisse ausländischer
135 Sicherheitsbehörden angewiesen. Bei uns hängt es vom Zufall ab, ob bei einer Anfrage
136 durch Polizeibehörden bei den privaten Internetanbietern noch Daten (insbesondere IP-
137 Adressen und Portnummer) gespeichert sind und herausgegeben werden können, oder ob
138 diese bereits gelöscht wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Wahrung der
139 strengen Regelungen, die der EuGH und das BVerfG mit Blick auf den Schutz der
140 Persönlichkeitsrechte zurecht aufgestellt haben, eine verpflichtende
141 Mindestspeicherfrist eingeführt wird. Entscheidend ist dabei, dass diese Regelung die
142 betroffenen Rechtsgüter angemessen abwägt und so die Bürgerinnen und Bürger
143 einerseits den Strafverfolgungsbehörden vertrauen können und andererseits die Polizei
144 mit einer rechtssicheren und verlässlichen Ermächtigungsgrundlage handlungsfähig
145 wird. Dabei bedarf es insbesondere einer klaren Frist. Zahlen des BKA zeigen, dass
146 bei einer Speicherfrist von etwa 30 Tagen Anfragen in mehr als 90 % der Fälle
147 erfolgreich wären. Eine Abfrage dieser Daten muss zusätzlich unter einem strengen
148 Richtervorbehalt stehen und nur zur Bekämpfung schwerster, katalogartig aufgeführter
149 Straftaten aus dem Bereich des Terrorismus, des sexuellen Missbrauchs und
150 insbesondere der Kinderpornografie und der organisierten Kriminalität zulässig sein.

151 Die Schaffung neuer gesetzlicher Ermächtigungen alleine genügt aber nicht, wie auch
152 der Fall der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) in Baden-Württemberg
153 zeigt: Seit ihrer Einführung zum 8. Dezember 2017 kam dieses Instrument nicht ein
154 einziges Mal zum Einsatz. Die Quellen-TKÜ ist ein eigentlich wichtiges Werkzeug, weil
155 auf diese Weise auf Kommunikationsdaten zugegriffen werden kann, bevor diese
156 verschlüsselt und versandt werden. Infolge einer zunehmenden Verschlüsselung der
157 Kommunikation ist dies ein wichtiges Mittel für die Gefahrenabwehr durch staatliche
158 Sicherheitsbehörden. Jedoch fehlt es an einer technischen Lösung für die
159 Sicherstellung, dass lediglich laufende Kommunikation überwacht wird und nicht auf
160 andere auf dem Gerät liegende Daten zugegriffen wird. Erforderlich ist es, eine
161 belastbare Rechtsgrundlage für die Verwendung von Quellen-TKÜ in Baden-Württemberg
162 umzusetzen, welche den durch Europäischen Gerichtshof (EuGH) und
163 Bundesverfassungsgericht gesetzten Rahmen für Online-Überwachung voll ausschöpft,
164 damit Gefahren effektiv durch die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg bekämpft
165 werden können. Andernfalls droht die Gefahr, dass Baden-Württemberg in diesem Bereich
166 abgehängt wird.

167 **Attraktivität des Polizeiberufs steigern: Polizeizulagen erhöhen**

168 Voraussetzung für eine starke Polizei ist eine starke personelle Ausstattung. Damit
169 der Polizeiberuf auch in Zukunft noch attraktiv ist, braucht es gute
170 Rahmenbedingungen. Wertschätzung der Arbeit, eine gute und moderne Führungskultur,
171 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gute Aufstiegschancen innerhalb der Polizei
172 sind wichtige Bestandteile.

173 Daneben bedarf es finanzieller Verbesserungen. Gerade die Besoldungsgruppen A8 und A9
174 sind besonders häufig von Einsätzen an Wochenenden, Feiertagen oder in der Nacht
175 betroffen. Die Höhe der lageorientierten Zulage ist schon lange nicht mehr angemessen
176 und wir fordern daher die Anhebung auf mindestens 6,00 € pro Stunde. Dies ist auch
177 eine Wertschätzung für die Arbeit im Streifendienst, der aufgrund des Schichtdiensts
178 mit einer besonderen Belastung einhergeht. Für die Polizei suchen wir dringend nach

179 qualifiziertem Nachwuchs und hierfür sind auch finanzielle Anreize notwendig. Deshalb
180 wollen wir insgesamt die Allgemeine Polizeizulage erhöhen.

181 Stärkung der psychologischen Betreuung von Polizist*innen

182 Zu einer starken Polizei gehört es auch, dass wir diese mit einem hinreichenden
183 Angebot an psychologischer Betreuung ausstatten. Polizistinnen und Polizisten sind
184 einem hohen Risiko ausgesetzt, Gewalt von Straftäterinnen und Straftätern zu erleben
185 und Opfer von Gewalt zu werden, selbst Gewalt im Rahmen des Gewaltmonopols einsetzen
186 zu müssen oder Gewalttaten mitanzusehen, denen andere zum Opfer fallen. Insbesondere
187 der Tod von anderen Menschen und vor allem von Kolleginnen oder Kollegen kann schwere
188 Wunden verursachen. Dabei ist es wichtig, dass die psychologische Betreuung, wie z.B.
189 der polizeipsychologische Dienst oder polizeiinterne Beratungsstellen, gut und breit
190 aufgestellt ist, damit alle Polizistinnen und Polizisten mit ihren unterschiedlichen
191 Hintergründen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen Hilfe finden können,
192 wenn sie diese benötigen.

193 Konsequenzen aus dem Fall des Inspektors der Polizei

194 Der Fall des Inspektors der Polizei hat deutlich ans Licht gebracht, dass Vorfälle
195 sexuelle Belästigung im Bereich der Polizei, aber auch in der übrigen
196 Landesverwaltung, ein Thema ist, das nicht unter den Teppich gekehrt werden darf und
197 der Umgang damit noch stark verbessert werden muss.

198 Es bedarf dafür Dienstvorschriften zum Umgang mit sexueller Belästigung als klares
199 Signal von der Spitze der Polizei, dass solches Verhalten nicht geduldet und
200 Personen, die Missstände offenlegen, geschützt werden. Meldewege für Vorfälle
201 sexueller Belästigung müssen klar festgelegt und kommuniziert werden, die weiteren
202 Schritte inklusive eines Zeitplans müssen klar sein. Es darf nicht sein, dass Opfer
203 von sexueller Belästigung im Unklaren über den weiteren Prozess gelassen werden oder
204 darüber in welchem Zeitraum den Vorwürfen nachgegangen und diese geklärt werden.
205 Daneben ist Prävention sexualisierter Gewalt essentiell, damit es gar nicht erst so
206 weit kommt. Wir fordern eine breite Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der
207 Polizei Baden-Württemberg und aller anderen Landeseinrichtungen, auch durch
208 Schulungen, Workshops oder ähnliche Formate für alle Beschäftigten.

209 Der Fall des Inspektors der Polizei hat außerdem offengelegt, dass die Spitze der
210 Polizei ihrer Führungsverantwortung nicht gerecht wird. Konspirative
211 Beförderungssitzungen und geheime Beförderungslisten müssen endlich der Vergangenheit
212 angehören. Wir fordern, dass nicht mehr alleine die Polizeiführung darüber
213 entscheiden kann, wer in Führungsämter befördert wird, sondern bei der Beurteilung
214 und der Auswahlentscheidung der Hauptpersonalrat effektiv und mit eigenen Rechten
215 eingebunden wird. Hinzukommen muss eine Beteiligung der im Innenministerium
216 zuständigen Abteilung für Personal.

217 2.3 Handlungsfähiger Rechtsstaat

218 Jedem muss klar sein, dass mehr Gesetze auch mehr Personalbedarf an den Gerichten
219 oder den Strafverfolgungsbehörden schafft. Richtigerweise hat der Bundesgesetzgeber
220 in den vergangenen Jahren die Gesetzgebung verschärft hat, insbesondere in den
221 Bereichen der Hasskriminalität, der Volksverhetzung, auch im Sexualstrafrecht wurden
222 Rechtslücken geschlossen. Man hat mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz einen weiteren
223 Rahmen geschaffen, damit auch das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Allein in

224 Baden-Württemberg wurde im Jahr 2023 mit insgesamt 1.514 Straftaten im Zusammenhang
225 mit Hass und Hetze ein neuer Höchststand im 10-Jahres-Vergleich registriert. Ein
226 starker Rechtsstaat definiert sich nicht darüber, dass er Recht setzt, sondern auch
227 dadurch, dass er dem Recht möglichst zügig Geltung verschafft. Im Hinblick auf diese
228 Herausforderungen und die steigenden Verfahrenseingänge in den vergangenen zehn
229 Jahren ist der akute Personalmangel bei den Staatsanwaltschaften im Land unübersehbar
230 und besorgniserregend. Wir fordern die Landesregierung eindringlich auf, hier
231 entsprechend nachzusteuern und ausreichend neue Stellen für Staatsanwältinnen und
232 Staatsanwälte zu schaffen. Im ersten Schritt fordern wir 80 zusätzliche Stellen, um
233 eine konsequente, spürbare und schnelle Strafverfolgung sicherzustellen.

234 Gleichzeitig müssen sich die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auch in der
235 organisatorischen Struktur der Justiz abbilden, einerseits um Synergien zu nutzen,
236 andererseits um ein klares Zeichen zu setzen. Wir unterstützen, dass mit dem neu
237 eingerichteten staatsanwaltschaftlichen Cybercrime-Zentrum in Karlsruhe die
238 notwendige Spezialisierung zur gezielten und effektiveren Bekämpfung gegen virtuelle
239 Kriminalität vorgenommen wurde. Eine solche Fokussierung fordern wir auch für
240 Straftaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund durch die Einrichtung von
241 Schwerpunktstaatsanwaltschaften Rechtsextremismus.

242 3. Prävention

243 3.1 Entschlossen gegen Desinformation und Fake News im Netz

244 Desinformation, sowohl aus dem Inland sowie aus dem Ausland gesteuert, ist eine
245 politische Strategie mit dem Ziel der Destabilisierung unserer Demokratie. Die
246 vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die mediale Verbreitung von falschen und
247 irreführenden Informationen eine enorme Wirkung auf Mediennutzerinnen und
248 Mediennutzer haben und dass das Vertrauen derjenigen, die unserer Demokratie bereits
249 kritisch gegenüberstehen, weiter sinkt. Sehr entscheidend ist deshalb, Kinder und
250 Jugendliche im Rahmen präventiver Angebote in frühkindlicher Betreuung und
251 weiterführend über die Jugendhilfe in Schulen und Jugendhäusern über zielgruppen- und
252 pädagogisch altersgerechte Medienangebote zu Desinformation und vor allem gezielter
253 Einflussnahme radikaler Kräfte in Social Media zu informieren und sie zu befähigen,
254 Fakten klar von Fake News zu unterscheiden. Damit wird ein frühestmöglicher und
255 resilienter Kompetenzaufbau von Kindern und Jugendlichen ermöglicht und die Chance
256 eröffnet, dass sich Kinder in einer digitalen Welt eigenständig informieren und
257 verantwortungsvoll agieren können.

258 Ergänzend zu diesem Ansatz sollen Eltern bereits im Rahmen frühkindlicher Bildung
259 durch geschultes Fachpersonal in den Einrichtungen über die Gefahren kritischen
260 Medienkonsums informiert und in einem langfristigen Rahmen begleitet werden. Als
261 Ansatz dienen Schwerpunkt-Elternabende oder Eltern-Kind-Cafés in Kitas, aber auch
262 Beratungsangebote kommunaler Kinderbüros und darauf aufbauend die Stärkung
263 präventiver Angebote in Schulen, Jugendhäusern und Beratung durch die freiwillige
264 Erziehungshilfe. Dazu soll das Land Baden-Württemberg die lokale Präventionsarbeit
265 und Demokratiestrategien stärken und mit kommunalen Trägern, Wohlfahrtsverbänden und
266 privaten Anbietern von Kindergärten und Kindertagesstätten in allen baden-
267 württembergischen Stadt- und Landkreisen Kompetenznetzwerke aufbauen und/oder
268 weiterentwickeln, um eine flächendeckende Präventionsarbeit zu gewährleisten. Dies
269 erfordert ein ganzheitliches Konzept zur Stärkung der Medienkompetenz auf allen

270 Ebenen in unserem Land. Die Landesanstalt für Kommunikation verfügt bereits über eine
271 hervorragende Expertise im Bereich Kinder- und Jugendschutz und hat zahlreiche
272 Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz erarbeitet. Diese sollte stärker als
273 bislang genutzt werden, um Kinder und Jugendliche frühzeitig mit entsprechenden
274 Projekten in die Lage zu versetzen, die Gefahren wie Hass, Mobbing, Cyber-Grooming
275 und Falschinformationen rechtzeitig zu erkennen und sich dagegen zu wappnen.
276 Insbesondere in Zeiten zunehmender Verfügbarkeit von Künstlicher Intelligenz kommt
277 dem eine besondere Bedeutung zu. Auch die Medienkompetenz von Erwachsenen wollen wir
278 flächendeckend stärken. Wir wollen die öffentlich-rechtlichen Medien stärken, damit
279 eine faktenbasierte Berichterstattung gefördert wird.

280 3.2 Stärkere Landesförderung zivilgesellschaftlichen Engagements

281 Prävention ist die beste Vorsorge vor extremistischen Straftaten und vor einem
282 Abrutschen in extremistische Szenen. Unter der damaligen SPD-Familienministerin
283 Manuela Schwesig wurde bereits im Jahr 2015 das Bundesprogramm „Demokratie leben“ ins
284 Leben gerufen. Das Land macht sich bislang einen schlanken Fuß und zieht sich
285 weitgehend auf eine Kofinanzierung des Demokratiezentums Baden-Württemberg auf
286 niedrigem Niveau zurück, ohne dass bis heute ein schlüssiges demokratieförderndes
287 Landeskzept vorgelegt wurde. Spätestens jetzt brauchen wir aber auch in Baden-
288 Württemberg einen Aufbruch für Demokratie und ein eigenständiges Landesprogramm
289 „Wehrhafte Demokratie“, das darauf abzielt, die Werte der freiheitlich-demokratischen
290 Grundordnung und der Demokratie aktiv in den Mittelpunkt zu stellen, diese zu stärken
291 und gegen autoritäre und totalitäre Einstellungen zu schützen. Als Ergänzung zu
292 staatlichen Programmen sollen kommunale Strukturen zur Demokratieförderung und
293 Extremismusprävention gestärkt und Einzelprojekte zivilgesellschaftlicher Träger in
294 unserem Land gefördert und durch Verpflichtungsermächtigungen auf eine verlässliche
295 finanzielle Grundlage gestellt werden, um mit entsprechenden Präventionsprogrammen
296 insbesondere Jugendliche und Kinder robust gegen jede Form gruppenbezogener
297 Menschenfeindlichkeit vor Ort und in der Fläche zu machen. Das Landesprogramm ist
298 nach einer Laufzeit von zwei Jahren auf seine Wirksamkeit zu evaluieren und
299 gegebenenfalls an neue Herausforderungen und Entwicklungen anzupassen

300 Der Staat muss auch immer Wege zurück in die demokratische Gesellschaft aufzeigen.
301 Wer sich glaubwürdig von einer verfassungsfeindlichen Ideologie distanziert, dem
302 müssen wir eine Brücke zurück in die Gesellschaft bauen.

303 Allein in Baden-Württemberg beläuft sich das geschätzte Personenpotenzial der
304 extremistischen Kräfte und Teilstrukturen in der AfD (Verdachtsfall) auf 620
305 Personen. Angesichts der zunehmenden Radikalisierung der AfD fordern wir als SPD
306 gezielte Unterstützung auch für ausstiegswillige AfD-Mitglieder, die einen Ausweg aus
307 der rechtsextremistischen Spirale aus Hass und Hetze suchen. Wie schwer so ein
308 Ausstieg und Parteiaustritt sein kann, hat u.a. die ARD-Dokumentation „Wir waren in
309 der AfD - Aussteiger berichten“ eindrücklich gezeigt. Der Weg raus aus der
310 Extremismus-Spirale kann, auch aufgrund von sozialen oder gar finanziellen
311 Abhängigkeiten, sehr lang und steinig sein. Die AfD ist eine Gefahr für die
312 freiheitlich-demokratische Grundordnung in unserem Land. Gegen diese Gefahr muss sich
313 eine wehrhafte Demokratie verteidigen. Das beim Landeskriminalamt angesiedelte
314 Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg (konex) verfügt über eine
315 hervorragende Expertise über alle Phänomenbereiche hinweg. Als SPD fordern wir die

316 gezielte Ausweitung und Anpassung bestehender Programme unter anderem auf
317 ausstiegswillige AfD-Mitglieder. Spätestens im kommenden Doppelhaushalt hat die
318 Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass konex und die weiteren zuständigen
319 Beratungsstellen im Land finanziell so ausgestattet werden, dass sie auch den zu
320 erwartenden Beratungsbedarf bewältigen können.

321 3.3 Flächendeckender Ausbau Häuser des Jugendrechts

322 Die Jugendkriminalität in Baden-Württemberg ist zuletzt wieder gestiegen,
323 insbesondere bei Gewalttaten. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz,
324 Jugendkriminalität wirksam und früh entgegen zu wirken.

325 Die Häuser des Jugendrechts, in denen unterschiedliche Expertinnen und Experten aus
326 den Bereichen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendämtern gemeinsam ins Spiel
327 kommen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, haben sich als Grundidee
328 einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit insbesondere durch optimierte
329 Verfahrensabläufen mit kurzen Kommunikationswegen bewährt. Es kann allerdings nicht
330 sein, dass eine konsequente Bekämpfung von Delinquenz junger Menschen im Land
331 abhängig ist vom Wohnort der jugendlichen Straftäter. Die Häuser des Jugendrechts
332 müssen flächendeckend in allen 17 Landgerichtsbezirken Baden-Württembergs etabliert
333 werden.

334 3.4 Radikalisierung frühzeitig entgegentreten

335 Allen Radikalisierungen, egal ob es sich um islamistische oder rechtsextremistische
336 Radikalisierungen handelt, ist gemein, dass sie oft an Jugendliche oder junge
337 Erwachsene gerichtet sind, die in einem Moment der Orientierungslosigkeit
338 vermeintliche Klarheit und Sinn in den angebotenen Deutungen der Welt sehen. Die
339 Aufgabe eines präventiven Staates ist es, zu erkennen aufgrund welcher äußeren
340 Umstände wie eines Schulabbruchs, Jobverlust oder Diskriminierungserfahrungen
341 Menschen empfänglich für Extremisten werden, welche Räume insbesondere in sozialen
342 Medien genutzt werden, um als Echokammern Menschen einzufangen und mit attraktiven
343 Gegenmodellen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. Insbesondere der
344 Dialog als Mittel zur Vermeidung und zum Abbau von bestehenden Vorurteilen muss dabei
345 genutzt werden. Wer im Austausch und Kontakt mit Menschen steht, wird diese nicht
346 einfach pauschal der Gruppe der „Anderen“ oder der „Fremden“ zuweisen, sondern
347 erkennt in etwa aus einem anderen Land nach Deutschland und Baden-Württemberg
348 geflüchtete Menschen Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde sowie
349 Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen. Demokratieförderungsstrategien für Kinder und
350 Eltern sollen flächendeckend in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen Baden-
351 Württembergs bereitgestellt werden. Gleichzeitig ist es essenziell, dass
352 Lehrplananpassungen zu Demokratieförderung und Rechtsstaatlichkeit für alle
353 Schulzweige stärker berücksichtigt und integriert werden. Diese Maßnahmen sollen
354 durch geschulte Fachkräfte in Kitas und Kindertagesstätten und den geschulten
355 Lehrkörper in allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen altersgerecht und
356 zielgruppenspezifisch angeboten und weiterentwickelt werden.

357 Ein Verbot von nachweislich verfassungsfeindlich tätigen religiösen Einrichtungen und
358 Vereinen (z.B salafistische Moscheen) und die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit
359 Moscheen, die auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, zur
360 Prävention von Radikalisierungen und zur Stärkung und Ausbau demokratischer
361 Strukturen in den islamischen Religionsgemeinschaften sind kein Gegensatz, sondern

362 zwei Seiten der gleichen Medaille. Gegen Islamisten greifen wir mit aller Härte durch
363 und lassen und gleichzeitig von Hass und Terror, wie wir ihn zuletzt etwa in Mannheim
364 und Solingen sehen mussten, nicht spalten. Islamismus ist radikal und extremistisch.
365 Islamismus verachtet die Werte, für die unser Land steht, er bekämpft diese Werte.
366 Gleichzeitig gilt: Nur wenn Menschen, die auf dem Weg sind, sich zu radikalisieren,
367 durch demokratische Angebote abgeholt werden können, können wir Radikalisierungen
368 effektiv unterbinden.

369 3.5 Schutz von Amts- und Mandatsträger:innen

370 Uns ist es sehr wichtig, dass ehrenamtliche und hauptamtliche Politikerinnen und
371 Politiker vom Land und den Sicherheitsbehörden geschützt werden. Angesichts der
372 Angriffe auf politisch engagierte Menschen unterstützen wir die Möglichkeit,
373 Veranstaltungen im Voraus bei der Polizei zu melden. So kann die Polizei ihre
374 Streifenfahrten darauf abstimmen, was zeigt, dass sie in Baden-Württemberg
375 bereitsteht und wir uns auf sie verlassen können. Ein flächendeckender polizeilicher
376 Schutz aller politischen Veranstaltungen ist jedoch weder realistisch noch
377 wünschenswert. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass sich die gesellschaftliche
378 Stimmung ändert, die solche Gewalt ermöglicht. Wir müssen entschieden gegen die
379 Verächtlichmachung von Politikerinnen und Politikern, den Staat und demokratische
380 Prozesse sowie gegen die zunehmende Verrohung der Debatten, vor allem im Internet,
381 vorgehen.

Antrag IR05: Jetzt in Integrationsmanagement stärker investieren, statt diese zu kürzen

Antragsteller*in:	AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass das Integrationsmanagement in
2 Baden-Württemberg finanziell auskömmlich gestaltet wird. Im Zuge der Neufassung der
3 Verwaltungsvorschrift Integrationsmanagement hat sich die finanzielle Ausstattung des
4 Integrationsmanagements signifikant verschlechtert. Das steht nicht nur der
5 Integration der Geflüchteten, sondern auch der Gewinnung und Bindung von
6 qualifiziertem Fachpersonal entgegen und erhöht die Arbeitsbelastung für die
7 Integrationsmanager:innen. Durch die nun beschlossene Reduzierung des LEA-Privilegs
8 sind Städte, die LEA-Standort sind, besonders zu berücksichtigen. Die
9 Weiterentwicklung des Systems bzw. der Verwaltungsvorschrift Integrationsmanagement
10 muss künftig mit kommunalen Vertreter:innen sowie Flüchtlingsorganisationen und
11 Wohlfahrtsverbänden beraten werden. Zwar ist das Integrationsmanagement eine
12 freiwillige Leistung des Landes, aber Land und Kommunen sind auf gute Zusammenarbeit
13 angewiesen. Das Integrationsmanagement muss zunehmend entbürokratisiert werden, damit
14 die Kommunen vom sehr hohen Koordinierungsaufwand entlastet werden. Wir erwarten,
15 dass dafür Sorge getragen wird, dass die Arbeit der Regeldienste nicht auf die
16 Integrationsmanager:innen abgewälzt wird. Wenn das Integrationsmanagement
17 zusätzliche Aufgaben erhält, müssen hierfür auch immer zusätzliche personelle
18 Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Das gilt z.B. aktuell für die neue
19 Aufgabe der Extremismusprävention.

Antrag IR06: Änderung des Sexualstrafrechts im Sinne einer "Ja heißt Ja" Regelung

Antragsteller*in:	AG SPD Frauen Baden-Württemberg
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD setzt sich für eine Änderung im Sexualstrafrecht dahingehend ein, dass die
- 2 bisherige Regelung gegen eine eindeutige „Ja heißt Ja“-Regelung verändert wird.
- 3 Das Strafgesetzbuch § 177 soll dahingehend verändert werden, dass Vergewaltigung
- 4 definiert ist als „sexuellen Akt ohne ausdrückliche Zustimmung der Beteiligten“ und
- 5 dementsprechend strafbewehrt ist.

Antrag IR09: Begrenzung der Großspenden an politische Parteien

Antragsteller*in: SPD KV Neckar-Odenwald

Sachgebiet: IR - Innen und Recht

1 In unserem Staat erfolgt die demokratische Willensbildung nicht allein über die alle
2 vier oder fünf Jahre stattfindenden Parlamentswahlen und die auf Landesebene selten
3 abgehaltenen Volksentscheide. Eine solche Annahme würde das Verständnis unserer
4 Demokratie stark verkürzen. Vielmehr sind der gesamte öffentliche Diskurs, Debatten
5 im privaten Raum, die Berichterstattung der Presse, Demonstrationen, Petitionen und
6 vieles mehr für die Wahlentscheidung der Bürger, aber auch die Entscheidungsfindung
7 der demokratischen Staatsorgane schlechterdings konstitutiv.

8 Für eine Demokratie ist es daher nicht nur ein Problem, wenn die Wahlgleichheit („one
9 man, one vote“) angetastet wird, sondern auch, wenn einzelne Personen einen weit
10 überproportionalen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausüben oder sich
11 andererseits Personengruppen kein oder kaum Gehör verschaffen können. Dass
12 wohlhabende Personen und Institutionen mit ihren finanziellen Mitteln die
13 Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ganz erheblich zu ihren Gunsten beeinflussen
14 können, ist ebenso belegt wie die Unterrepräsentation der weniger oder nicht
15 vermögenden Menschen.

16 Als Sozialdemokratie sehen wir es seit jeher als unsere Aufgabe, dieser Ungleichheit
17 entgegenzuwirken und den finanziell Schwächeren eine Stimme zu geben. Politische
18 Bildungsarbeit, Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die Verkleinerung der Schere
19 zwischen Arm und Reich, Steuern auf sehr große Vermögen, Lobbyregister u.v.m. sind
20 für uns daher nicht nur fachpolitische Projekte, sondern auch ein Dienst an unserer
21 Demokratie als solcher. Auch die erfolgreiche Reform des Parteiengesetzes 2023 zur
22 Steigerung der Transparenz der Parteifinzen zählt dazu. Als weitere Forderung soll
23 nun auch die grundsätzliche Begrenzung von Großspenden an politische Parteien
24 hinzutreten.

25 Wir erachten es als demokratisch, wenn Parteien mit einem großen Rückhalt in der
26 Bevölkerung durch Beiträge vieler Mitglieder, Spenden vieler Bürger und staatliche
27 Zuwendungen aufgrund guter Wahlergebnisse entsprechend große finanzielle Mittel zur
28 Verfügung stehen, mit denen sie ihre Organisation, Wahlkämpfe, Öffentlichkeitsarbeit
29 usw. bezahlen können. Es verzerrt dahingegen den demokratischen Wettbewerb erheblich,
30 wenn Parteien ohne entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung hohe Finanzmittel
31 allein aufgrund von Zuwendungen durch superreiche Einzelpersonen oder Lobbyverbände
32 erhalten.

33 Wir wollen daher Großspenden an Parteien durch eine Änderung des Parteiengesetzes
34 weiter regulieren. Allen politischen Parteien soll es nicht mehr erlaubt sein, im
35 Rechnungsjahr

36 •Zuwendungen einer Person von mehr als 50.000 EUR sowie

37 •in Summe mehr als 250.000 EUR an Großspenden nach § 25 Abs. 3 S. 2 und 3

38 Parteiengesetz (Zuwendungen von im Einzelfall mehr als 35.000 EUR)

39 anzunehmen.

Antrag IR11: Änderung des Kommunalwahlgesetzes Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	AG SPD 60plus Baden-Württemberg, SPD OV Mannheim Neckarstadt-Ost
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Das Kommunalwahlgesetz Baden-Württemberg wird dahingehend novelliert, dass bei
- 2 Kommunalwahlen wieder das Auszählverfahren nach d'Hondt angewendet wird, wie dies bis
- 3 2014 in Baden-Württemberg der Fall war.

Antrag IR13: Parität - auch im Gericht

Antragsteller*in:	SPD KV Tübingen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Bei vielen Gerichtsprozessen ist die Richter:innenbank rein männlich besetzt. Dies
- 2 hat unter anderem mit dem Geschlechterungleichgewicht der Schöff:innenlisten zu tun,
- 3 insbesondere in den Fällen, in denen es um geschlechterbezogene Gewalt geht, ist dies
- 4 eine große Belastung für die Betroffenen.
- 5 Um eine ausgewogene Geschlechterverteilung und damit eine repräsentative
- 6 Rechtsprechung zu gewährleisten, fordern wir eine Reform des Auslosungsverfahrens für
- 7 Gerichtsprozesse an den Amts- und Landgerichten in Baden-Württemberg.
- 8 Konkret fordern wir, die Schöff:innenlisten in zwei separate Auswahlpools zu unterteilen:
- 9 einen für weibliche und diverse Schöff:innen und einen für männliche Schöffen. Bei
- 10 der Besetzung der Kammern soll künftig mindestens ein:e Schöff:in aus dem Pool der
- 11 weiblichen und diversen Schöffen ausgewählt werden.
- 12 Die angestrebte Reform zielt darauf ab, die Vielfalt und Repräsentativität in der
- 13 Rechtsprechung zu stärken. Eine ausgewogene Geschlechterverteilung erhöht die
- 14 Akzeptanz und Legitimation von Gerichtsentscheidungen und fördert das Vertrauen in
- 15 unser Justizsystem.

Antrag IR15: Menschlichkeit zuerst. Für eine solidarische Migrationspolitik, die alle schützt!

Antragsteller*in:	AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg, SPD KV Heidelberg
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Wir stehen uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl, es ist Bestandteil unseres
2 Rechtsstaates und darf nicht ausgehöhlt werden. Die SPD fordert daher:
- 3 **Ernstgemeinte Integration**
- 4 Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt durch die Anerkennung ausländischer
5 Qualifikationen, gezielter Weiterbildungsmaßnahmen und Aufhebung der aktuellen
6 Arbeitsverbote, die aktuell 3 Monate betragen, aber äußerst restriktiv von den
7 Behörden ausgestellt werden.
- 8 Schaffung von interkommunalen Fonds zur Finanzierung von Integrationsprogrammen, wie
9 zum Beispiel Sprachkursen, Weiterbildungsprogrammen und Arbeitsmarktintegration. Die
10 Fonds sollen mit festen Mitteln von Bund und Land ergänzt werden, um eine
11 zukunftsichere Finanzierung zu gewährleisten. Der Bund und auch das Land dürfen in
12 Ihren Bemühungen ausreichend Sprach- und Integrationskurse zu finanzieren nicht nach
13 lassen. Menschen mehrere Monate auf einen Kurs warten zu lassen, können wir uns nicht
14 leisten.
- 15 Institutionen wie Schulen, Jugendämter und Heime müssen finanziell und personell
16 erheblich besser ausgestattet werden, um effektive Integrations- und
17 Unterstützungsarbeit zu leisten. Gleiches gilt für die Verwaltung, z.B.
18 Ausländerämter. Dabei müssen diese Strukturen personell und finanziell langfristig
19 aufgebaut und erhalten werden. Dazu gehört das von uns geforderte
20 Landeseinwanderungsamt. Migration und Integration sind keine kurzfristigen,
21 temporären Phänomene.
- 22 Im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung sind enorme finanzielle und personelle
23 Anstrengungen notwendig, um der großen Zahl an Geflüchteten mit
24 Alphabetisierungsbedarf eine realistische Chance zu geben, an der Gesellschaft in
25 Deutschland teilzunehmen.
- 26 Anschläge wie der in Solingen zeigen deutlich, dass religiös motivierter Extremismus
27 eine Gefahr für unsere Gesellschaft darstellt. Dem nicht entsprechend präventiv
28 entgegenzuwirken, ist fahrlässig. Mittel für Demokratieförderprojekte, Bildungs- und
29 Sprachkurse zu kürzen, wie es die grün-schwarze Landesregierung tut, ist fatal. Es
30 muss in die Menschen und auch in den Rechtsstaat investiert werden.
- 31 Unsere Demokratie wird sich mit aller Kraft gegen extreme Kräfte wehren. Deswegen
32 fordern wir unter anderem, die Zusammenarbeit mit und die stärkere Förderung von
33 zivilgesellschaftlichen Projekten. Vor allem kleine Vereine und NGOs, die wertvolle
34 Arbeit leisten, stehen jedes Jahr vor der Herausforderung, finanzielle Förderungen zu
35 erhalten, oder werden an ihrem Engagement gehindert. Konkret fordern wir, dass
36 Schulen und Lehrkräfte einen Handreichungen zur Auslegung politischer Neutralität
37 erhalten. Zudem muss zentral eine Anlaufstelle geschaffen werden, die
38 Demokratieförderprojekte dabei unterstützt, finanzielle Mittel zu beantragen, wie
39 beispielsweise vom Europäischen Sozialfond oder dem Programm „Globales Europa –

40 Menschenrechte und Demokratie“ der EU.

41 **Eine neue Abschiebepolitik**

42 a. Ausweitungen von sog. "sicheren Drittstaaten" und Abschiebungen in Länder, in
43 denen die politische Lage unsicher ist und die Menschenrechte nicht gewährleistet
44 sind, sind unverzüglich auszusetzen. Dazu gehören Afghanistan, Syrien und der Irak.
45 Echte Sicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik oder Abschottung, sondern durch
46 Prävention.

47 b. Eine regelmäßige und transparente Überprüfung der politischen Lage in potenziellen
48 Abschiebe-Ländern durch unabhängige Institutionen ist sicherzustellen.

49 c. Es darf in der aktuellen Lage keine Zusammenarbeit und keinen Aufbau
50 diplomatischer Beziehungen mit dem fundamentalistisch-islamistischen Taliban-Regime
51 in Afghanistan geben. Auch finanzielle Mittel an das Regime lehnen wir entschieden
52 ab, insbesondere wenn diese im Zusammenhang mit geplanten Abschiebungen stehen.

53 d. Straffällig gewordene Migrant*innen gehören nach gleichen Kriterien bestraft, wie
54 deutsche Straftäter*innen, denen nicht mit Abschiebungen gedroht wird. Straffällig
55 gewordene Migrant*innen müssen ihre Strafe im Land absitzen, in denen die Straftat
56 begangen wurde.

57 f. Uns sind mit dem Chancenaufenthaltsgesetz wichtige Schritte auf dem Weg zum
58 Spurwechsel gelungen. Es müssen weitere folgen, weil niemand hinnehmen will, dass
59 Menschen, die bei uns sind, sich engagieren und ihren Teil zur Zukunft unseres Landes
60 beitragen abgeschoben werden.

61 g. Um ebensolche Abschiebungen, wie sie in Absatz f. beschrieben sind, zu verhindern,
62 sollen außerdem Mittel eingesetzt werden, um Asylverfahren deutlich zu beschleunigen.

63 Die zeitlich befristete Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen ist in
64 Ausnahmefällen möglich. Dabei dürfen Grenzkontrollen in Umfang und Dauer nicht über
65 das Maß hinausgehen das zur Bewältigung einer ernsthaften Bedrohung unbedingt
66 erforderlich ist. Pauschalzurückweisungen wie von konservativer Seite gefordert
67 werden lehnen wir ab. Zug um Zug mit der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen
68 Asylsystems müssen die Binnengrenzkontrollen vollständig abgebaut werden.

69 **Solidarischer Diskurs statt rassistische Behandlung von Geflüchteten**

70 a. Die Sicherstellung der Belange des täglichen Bedarfs ist von zentraler Bedeutung
71 und im Rahmen der Einführung einer Bezahlkarte muss sichergestellt sein, dass dies
72 auch tatsächlich funktioniert. Das gilt für ÖPNV-Tickets, den Bäcker vor Ort oder
73 online-Käufe. Gerade auch der Kauf von second-hand Produkten muss möglich sein und
74 weil viele solcher Geschäfte privat und bar abgewickelt werden, muss eine
75 ausreichende Barabhebung von (mindestens) 50,-- EUR vorgesehen werden. Darüber hinaus
76 darf die Bezahlkarte auch nicht für einen hohen Aufwand bei den ohnehin belasteten
77 Aufnahmebehörden sorgen, sondern muss unbürokratisch funktionieren.

78 b. Wir lehnen einen populistischen Umgang mit dem Thema Migration ab. Weder
79 Stigmatisierungen noch populistischen Forderungen werden der Herausforderungen
80 gerecht. Ein solcher Umgang bekämpft keine Probleme, sondern trägt dazu bei, rechten
81 Argumentationsmuster Vorschub zu leisten. Dies vergiftet die öffentliche Debatte und
82 stigmatisiert Menschen mit Migrationshintergrund, was wiederum zu immer neuen
83 Gewalttaten gegen migrantisch gelesene Menschen führt.

Antrag P003: Evaluierung der Größe und des Sitzungsturnus der Parteigremien

Antragsteller*in:	SPD KV Neckar-Odenwald
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Landesvorstand
- 2 1. zu prüfen hat, ob eine Anpassung der Größe der Parteiorgane – insbesondere der
- 3 Delegierten-Anzahl des Landesparteitags und der Landesdelegiertenkonferenz
- 4 (kleiner Landesparteitag) – an die Entwicklungen der Mitgliederzahl und der
- 5 finanziellen Möglichkeiten der Landespartei vorzunehmen ist. Er soll insbesondere
- 6 eine Anpassung durch eine maßvolle Senkung der Mitglieder- bzw. Delegiertenzahl
- 7 der betreffenden Organe unter Berücksichtigung der Begründung dieses Antrags
- 8 erwägen.
- 9 2. den Sitzungsturnus des großen und kleinen Landesparteitags im Hinblick auf die
- 10 vorstehenden Erwägungen sowie die Möglichkeit der inhaltlichen Antragsarbeit
- 11 evaluieren soll.
- 12 3. dem Landesparteitag zu den Ergebnissen seiner Überprüfung entweder einen Bericht
- 13 vorzulegen oder einen begründeten Antrag auf Änderung des Statuts der SPD
- 14 Baden-Württemberg einzubringen hat.

Antrag P004: Die Parteiorganisation weiterentwickeln und flexiblere Zuständigkeiten ermöglichen

Antragsteller*in:	SPD KV Bodenseekreis
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

- 1 Der Bundesparteitag möge beschließen,
2 § 8 des Organisationsstatuts vom 18. Dezember 1971 in seiner zuletzt geänderten
3 Fassung werden folgende Absätze 8 und 9 angefügt:
4 „(8) Ortsvereine können in ihrer Satzung mit Zustimmung des Unterbezirksvorstands die
5 Wahrnehmung ihrer originärer Rechte und Pflichten im Einzelnen oder in vollem Umfang
6 auf den Unterbezirk übertragen.
7 (9) Sofern in einem Unterbezirk keine handlungsfähigen Ortsvereine bestehen und auch
8 durch Neuabgrenzung nicht gebildet werden können, nimmt der Unterbezirk die
9 statutengemäße Rechte und Pflichten der Ortsvereine wahr. Die Feststellung trifft der
10 Unterbezirksvorstand nach Anhörung des Bezirksvorstands und mit Zustimmung der
11 Mitgliederversammlung des Unterbezirks.

Antrag UV03: Deutschlandticket sozial weiterentwickeln und Investitionspaket für ÖPNV schnüren

Antragsteller*in:	SPD KV Waldshut
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

- 1 Im ersten Halbjahr 2024 waren laut Statistischem Bundesamt [
2 www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/09/PD24_362_461.html] (22.09.2024,
3 11:50h)] rund 6 Prozent mehr Fahrgäste im Linienverkehr mit Bussen und Bahnen
4 unterwegs als im Vorjahreszeitraum. Einen Grund dafür sieht das Bundesamt im
5 Deutschlandticket, das am 1. Mai 2023 eingeführt wurde.
- 6 Zum Erfolg des Tickets trug auch sein günstiger Preis bei, der nach jüngsten
7 Beschlüssen der Landesverkehrsminister jedoch auf 58 Euro steigen wird. Laut einer
8 Umfrage von YouGov Deutschland [
9 yougov.de/topics/society/survey-results/daily/2024/07/09/b804d/2] (22.09.2024,
10 11:55h)] wollen 24 Prozent der Befragten dann ihr Abonnement kündigen oder erst gar
11 kein Ticket kaufen.
- 12 Damit erhalten die Bemühungen um eine sozial und ökologisch notwendige Transformation
13 der Mobilität einen harschen Dämpfer. Besonders im ländlichen Raum, wo der
14 öffentliche Nahverkehr weiterhin ausbaufähig ist, haben viele Menschen das Ticket als
15 Chance angenommen und damit einen wichtigen Schritt hin zu einer umweltfreundlicheren
16 Mobilität gemacht.
- 17 Aus diesem Grund fordern wir, das Deutschlandticket sozial weiterzuentwickeln und ein
18 Investitionspaket für den ÖPNV zu schnüren.
- 19 Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:
- 20 • Das Deutschlandticket muss erhalten bleiben und seine Finanzierung langfristig und
21 gemeinsam von Bund und Ländern gesichert werden.
 - 22 • Rückkehr des Deutschlandtickets zum alten Preis von 49 Euro;
 - 23 • Einführung eines Sozialtarifs für sozial benachteiligte Menschen;
 - 24 • Verknüpfung mit Mobilitätsangeboten wie Carsharing und E-Bike-Verleih;
 - 25 • Schnürung eines Investitionspakets des Landes Baden-Württemberg für den ÖPNV zur
26 Realisierung leistbarer Ticketpreise und eines leistungsfähigen Nahverkehrs gerade im
27 ländlichen Raum – hier ist das Land zuständig!
- 28 Mit diesen Maßnahmen ließe sich nicht nur der ÖPNV fördern, sondern es ließen sich
29 auch Ziele wie soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz verfolgen.

Antrag UV05: Verbot von Kurzstrecken-Inlandsflügen

Antragsteller*in: SPD KV Schwarzwald-Baar

Sachgebiet: UV - Umwelt & Verkehr

- 1 Wir fordern die SPD-Baden-Württemberg dazu auf, sich für ein Verbot von kommerziellen
- 2 und privaten Inlandsflügen mit einer Distanz von unter 500 Kilometern einzusetzen.
- 3 Zulässige Ausnahmen sind Trainingsflüge, Sportflugzeuge sowie medizinisch veranlasste
- 4 Flüge.

Antrag B07: Lehr und Lernmittelfreiheit analog und digital umsetzen!

Antragsteller*in: SPD KV Ortenau

Sachgebiet: B - Bildung

- 1 Der Landesparteitag möge die Landtagsfraktion beauftragen, die Lehr- und
- 2 Lernmittelfreiheit sowohl für analog als auch für digital Mittel durchzusetzen. Die
- 3 Lehr- und Lernmittelverordnung muss entsprechend angepasst werden. Durch das Land
- 4 müssen die Anschaffung und der laufende Betrieb/Wartung/Abnutzung aller Lernmittel
- 5 (analog und digital) finanziert werden, damit alle die gleichen Chancen haben,
- 6 unabhängig von der Finanzkraft der Kommune oder des Elternhauses.

Antrag G02: Nutzung von Behindertenparkplätzen bereits mit dem orangenen Parkausweis

Antragsteller*in:	AG SPD Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

1 In Deutschland gehört der blaue Parkausweis für Schwerbehinderte zu den wichtigsten
2 Dokumenten, um deutliche Erleichterungen beim Parken zu erhalten. Seit einigen Jahren
3 gibt es allerdings noch einen weiteren Ausweis, der ebenfalls einige Sonderrechte
4 beim Parken mit sich bringt: die orange Parkerleichterung für Behinderte, im
5 Amtsdeutsch "Sonderregelung zu Parkerleichterungen für besondere Gruppen
6 Schwerbehinderter (Gleichstellung)" genannt.

7 Die Anforderungen, um die orange Parkerleichterung zu beantragen, sind recht hoch:

- 8 • Merkzeichen „G“ und „B“ und Grad der Behinderung (GdB) von wenigstens 80 allein
9 wegen der Funktionsstörungen an den unteren Gliedmaßen (und der
10 Lendenwirbelsäule, soweit sich diese auf das Gehvermögen auswirken)
- 11 • Merkzeichen „G“ und „B“ und Grad der Behinderung (GdB) von wenigstens 70 allein
12 wegen der Funktionsstörungen an den unteren Gliedmaßen (und der
13 Lendenwirbelsäule, soweit sich diese auf das Gehvermögen auswirken) und
14 gleichzeitig einem Grad der Behinderung von wenigstens 50 wegen
15 Funktionsstörungen des Herzens oder der Atmungsorgane
- 16 • Morbus-Crohn bzw. Colitis-Ulcerosa mit einem Grad der Behinderung von wenigstens
17 60 wegen dieser Erkrankung
- 18 • doppeltes Stoma (künstlicher Darmausgang und künstliche Harnableitung) mit einem
19 Grad der Behinderung von wenigstens 70 und Auswirkungen auf die Gehfähigkeit

20 Mit dem orangenen Ausweis verbunden sind einige Erleichterungen – aber eben nicht die
21 Erlaubnis, auf Behindertenparkplätzen zu parken. Und der orange Parkausweis erfüllt
22 auch nicht die Kriterien, um einen reservierten Parkplatz am Wohnort oder der
23 Arbeitsstelle zu beantragen. Und das, obwohl die Inhaber dieses Ausweises oft erst
24 recht auf kurze Wege angewiesen sind, da sie eben (noch) nicht im Rollstuhl sitzen
25 und daher alles zu Fuß erledigen müssen.

26 Die Nutzung von ausgewiesenen Schwerbehinderten-Parkplätzen (Rollstuhl-Symbol) kann
27 aber nach Landesrecht genehmigt werden. In Berlin und Brandenburg dürfen Inhaber
28 einer orangenen Parkerleichterung diese Parkplätze ebenfalls nutzen.

29 Selbst Aktiv fordert daher, dass auch in Baden-Württemberg bereits die orange
30 Parkerleichterung zur Nutzung von Schwerbehinderten-Parkplätzen berechtigt. Ebenso
31 sollte sie ausreichen, um einen reservierten Parkplatz am Wohnort oder der
32 Arbeitsstelle zu beantragen.

Antrag G04: Pflegekräfte gewinnen, Ausbildung stärken, ausländische Fachkräfte schneller anerkennen

Antragsteller*in:	AG ASG Baden-Württemberg
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

1 In den nächsten Jahren wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg stark
2 zunehmen. Gleichzeitig verschärft sich der bereits seit Jahren bestehende
3 Fachkräftemangel.

4 Während in Baden-Württemberg mindestens 24.000 zusätzliche Pflegekräfte bis zum Jahr
5 2040 gebraucht werden, sind mit den aktuellen Zugängen zum Pflegeberuf allenfalls die
6 Abgänge auszugleichen. Es darf daher kein Weiter so geben. Es reicht nicht aus für
7 den Pflegeberuf zu werben. Es fehlt sowohl an Ausbildungsstätten, an Lehrkräften und
8 an der schnelleren Anerkennung von ausländischen Pflegekräften.

9 Die SPD begrüßt daher, dass die Bundesregierung die Einführung einer neuen
10 Pflegefachassistentenausbildung mit einer Dauer von 18 Monaten beschlossen hat. Damit
11 wird allen Schulabgänger:innen der Einstieg in den Pflegeberuf ermöglicht und später
12 auch eine verkürzte Qualifizierung zur Pflegefachperson. Die bisher 27
13 unterschiedlichen Länderregelungen zu Pflegehilfsberufen werden ersetzt. Die SPD
14 erwartet, dass die Landesregierung dieses Vorhaben aktiv unterstützt.

15 Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, den Mangel an Lehrerinnen und
16 Lehrern an den Fachschulen für Pflegeberufe zu beheben. In der Praxis gibt es bereits
17 heute zu wenig Lehrkräfte im Land. Spätestens ab 1. Januar 2030 müssen Lehrkräfte an
18 Pflegeschulen über eine Hochschulausbildung auf Master- oder vergleichbarem Niveau
19 verfügen.

20 Für Lehrerinnen und Lehrer, die bisher an den Pflegeschulen unterrichten und diese
21 Voraussetzungen nicht erfüllen, wird eine Perspektive gebraucht. An den Hochschulen
22 des Landes sind entsprechende, auch berufsbegleitende Studiengänge einzurichten.

23 Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse in Baden-Württemberg muss weiter
24 beschleunigt werden. Die Gleichwertigkeitsprüfung soll innerhalb von drei Monaten
25 nach Vorlage der vollständigen Unterlagen abgeschlossen werden. Doch gibt es zuvor
26 noch zu viele Hürden. Die Antragstellung ist in Baden-Württemberg besonders
27 kompliziert. So reicht das geforderte Sprachniveau B2 zwar für die Tätigkeit im
28 Beruf, jedoch kaum für das Ausfüllen der erforderlichen Formulare, die in deutscher
29 (Behörden-) Sprache zur Verfügung stehen. Auf Beratungstermine muss ebenfalls noch
30 mehrere Wochen oder sogar Monate gewartet werden.

31 Die SPD fordert den Einsatz von Künstlicher Intelligenz für die Erstberatung und zur
32 Prüfung von eingereichten Unterlagen. Diese eingesparte Zeit kann dann in den
33 zuständigen Behörden die Entscheidung über den Antrag beschleunigen.

Antrag G07: Notwendigkeit einer genderspezifischen Forschung

Antragsteller*in: SPD KV Schwarzwald-Baar

Sachgebiet: G - Gesundheit und Pflege

- 1 Es ist an der Zeit, die biologischen und geschlechtsspezifischen Unterschiede
- 2 systematisch zu erforschen. Dies erfordert eine kontinuierliche finanzielle
- 3 Förderung, um Studien zu den Unterschieden in Symptomatik, Krankheitsverläufen und
- 4 der Wirkung von Medikamenten und Therapien zu ermöglichen. Nur so kann eine wirklich
- 5 individualisierte Medizin entstehen, die die Bedürfnisse aller Patient*innen
- 6 gleichermaßen berücksichtigt.
- 7 Wir fordern deshalb die Einrichtung einer dauerhaften Finanzierung dieser Forschung
- 8 an den medizinischen Fakultäten in Baden – Württemberg.
- 9 Integration in die medizinische Lehre
- 10 Die Ergebnisse der Forschung zu Geschlechtsunterschieden müssen aktiv in die
- 11 medizinische Ausbildung integriert werden. Medizinstudierende und Ärzt*innen,
- 12 Therapeut*innen und weitere Gesundheitsberufe müssen befähigt werden,
- 13 genderspezifische Unterschiede in Diagnosen und Therapien zu berücksichtigen, um den
- 14 Ansprüchen einer individualisierten und geschlechtergerechten Behandlung gerecht zu
- 15 werden.
- 16 Dies muss verpflichtender Teil der Ausbildung aller Gesundheitsberufe werden

Antrag G09: Stigmatisierung beenden! - PTBS bekämpfen

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

1 Einsatzbedingte psychische Erkrankungen bei Soldat:innen der Bundeswehr gehören seit
2 den frühen 1990-er Jahren zur traurigen Realität der Truppe. Insbesondere
3 Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) wirken sich sehr negativ auf den
4 Lebensalltag, zwischenmenschliche Beziehungen und das allgemeine Wohlbefinden der
5 Betroffenen aus. Viel zu oft enden solche Erkrankungen, wenn sie nicht rechtzeitig
6 erkannt und behandelt werden, mit dem Suizid der erkrankten Personen. Wenngleich die
7 Bundeswehr in den letzten Jahren bereits erhebliche Fortschritte in Prävention und
8 Behandlung von einsatzbedingten psychischen Erkrankungen gemacht hat, so weist die
9 aktuelle Praxis dennoch einen nicht unerheblichen Reformbedarf auf.

10 **Aktuelle Lage**

11 Im Jahr 2022 begaben sich 305 Soldat:innen erstmalig wegen einsatzbedingter
12 psychischer Erkrankungen in Behandlung. 197 davon aufgrund von Posttraumatischen
13 Belastungsstörungen. Neben dem Anspruch auf kostenfreie Behandlung und Nachsorge
14 bestehen für Betroffene ggf. auch Ansprüche auf Versorgungs- und
15 Entschädigungsleistungen unter anderem nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem
16 Einsatz-Weiterverwendungsgesetz. Dies setzt allerdings eine Anerkennung der
17 einsatzbedingten psychischen Schädigung als Wehrdienstbeschädigung seitens der
18 Bundeswehr voraus. Oberstes Ziel der Bundeswehr im Umgang mit einsatzbedingten
19 psychischen Erkrankungen ist eine Wiedereingliederung der Betroffenen in ihr Dienst-
20 und Alltagsleben. Um diese Zielsetzung zu unterstützen, hat die Bundeswehr
21 Pilotprojekte zur Stärkung psychischer Konzepte in der Truppe eingeführt. Aktuell
22 besteht das Pilotprojekt aus fünf psychologisch geschulten Teams, die an den
23 Facharztzentren der Bundeswehr an der Entwicklung von psychologischen Konzepten
24 mitwirken sollen

25 Wir begrüßen die Entwicklung neuer psychologischer Konzepte der Bundeswehr im Umgang
26 mit einsatzbedingten psychischen Erkrankungen ausdrücklich und fordern die Ausweitung
27 der bestehenden Pilotprojekte. Weiterhin sollen die laufenden Pilotprojekte ständig
28 unter Einbezug von Psycholog:innen, Psychater:innen sowie Ärzt:innen evaluiert
29 werden, um sie perspektivisch breit in der kompletten Bundeswehr einführen zu können.

30 **Für ein Ende der Stigmatisierung - Mehr Präventionsarbeit jetzt!**

31 Noch immer werden viele Betroffene durch eine Stigmatisierung von psychischen
32 Erkrankungen innerhalb der Truppe davon abgehalten, sich professionelle Hilfe zu
33 suchen. So haben etliche Soldat:innen das Gefühl, schwach zu wirken oder ihre
34 Kamerad:innen im Stich zu lassen. Hier bedarf es dringend ein Umdenken in der Truppe.
35 Psychische Erkrankungen dürfen auch bei Soldatinnen und Soldaten kein Tabu-Thema mehr
36 sein.

37 Um ein Ende der Stigmatisierung psychischer Erkrankungen einzuleiten, ist eine
38 umfassende Präventions- und Aufklärungsarbeit innerhalb der Truppe unabdingbar. Um
39 diese zu verbessern, fordern die wir:

- 40 • Eine Ausweitung von niederschweligen Präventionsangeboten wie bspw. der App

41 "Coach-PTBS" sowie weitere Konzeptualisierung und Evaluierung von
42 Präventionsmaßnahmen

- 43 • Ein umfassende Aufklärung der Soldat:innen über Ursachen, Verlauf, Folgen und
44 Wirkungen von psychischen Erkrankungen im Rahmen ihres Dienstes in der Truppe
45 mit dem Schwerpunkt, bestehende Vorurteile zu beseitigen und ein Bewusstsein für
46 derartige Erkrankungen in der Truppe zu schaffen
- 47 • Die Ausarbeitung von Konzepten zur psychologischen Kamerad:innen-Hilfe, um die
48 Soldat:innen im Umgang mit psychischen Erkrankungen in ihrem unmittelbaren
49 Umfeld zu schulen sowie angemessene Maßnahmen zur Soforthilfe aufzuzeigen.

50 **Unkomplizierte Hilfen und beschleunigte Anerkennungsverfahren**

51 Die Hilfen für Betroffene von PTBS und weiteren einsatzbedingten psychischen
52 Erkrankungen müssen schnell und unkompliziert gewährleistet werden. Die Prüfverfahren
53 können sich gerade bei ehemaligen Soldat:innen und Reservist:innen teilweise über
54 Jahre hinweg ziehen. Dies ist besonders problematisch, da Symptome einer PTBS
55 teilweise erst Jahre nach dem traumatisierenden Ereignis auftreten können und sich
56 etliche der Betroffenen zum Zeitpunkt der ersten Symptomen einer PTBS nicht mehr in
57 einem aktiven Dienstverhältnis mit der Bundeswehr befinden. Die gesundheitlichen und
58 sozialen Auswirkungen einer solchen Erkrankung sind für die Betroffenen aber
59 gleichermaßen fatal, unabhängig ihres Dienststatus. Ebenso werden Prüfverfahren
60 dadurch in die Länge gezogen, wenn die Betroffenen nicht eindeutig nachweisen können,
61 auf welches traumatisierende Erlebnis die Erkrankung zurückzuführen ist. Als Nachweis
62 gilt hier ein sog. "Troops-in-Contact-Zettel", welcher Soldat:innen nach einem
63 Feuergefecht ausgestellt wird. Liegt eine solche Bescheinigung nicht vor, müssen im
64 Rahmen des Prüfverfahrens Zeugen vorzuweisen, was die Verfahren unnötig in die Länge
65 zieht. Zusätzlich mangelt es der Bundeswehr an qualifizierten und zertifizierten
66 Gutachter:innen, was den schnellen Abschluss eines Prüfverfahrens verhindert.

67 Für uns ist klar: Die Verfahren zur Anerkennung einer einsatzbedingten psychischen
68 Erkrankung müssen entbürokratisiert und beschleunigt werden. Dazu fordern wir:

- 69 • Ein Ende der Beweispflicht seitens der Betroffenen für eine Anerkennung von
70 einsatzbedingten psychischen Erkrankungen.
- 71 • einen schnelleren und unkomplizierteren Zugang zu Beratungs- und
72 Behandlungsmöglichkeiten insbesondere auch für ehemalige Angehörige der
73 Bundeswehr sowie Reservist:innen.
- 74 • Mehr Transparenz über Leistungen der Beschädigtenversorgung
- 75 • Mehr Transparenz im Rehabilitierungsprozess
- 76 • Die Einstellung oder Ausbildung von mehr psychologischen Gutachter:innen zur
77 allgemeinen Verfahrensbeschleunigung.
- 78 • Schnelle, unbürokratische und unkomplizierte Zahlung von Sofort-Hilfen sowie
79 Entschädigungsleistungen während der laufenden Prüfverfahren zur Verhinderung
80 sozialer und finanzieller Notlagen der Betroffenen.

81 Insgesamt begrüßen wir, dass der Deutsche Bundestag am 25.04.2024 mit den Stimmen von
82 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie CDU/CSU einen ab 2025 jährlich stattfindenden
83 Veteranentag eingeführt hat. Wir unterstützen die Aufforderung des Deutschen
84 Bundestages an die Bundesregierung sowohl die Präventionsarbeit als auch die

- 85 Leistungen für einsatzgeschädigte Soldatinnen und Soldaten sowie ihre Angehörigen zu
86 verbessern (Bundestagsdrucksache 20/11138). Darüber hinaus fordern wir die Einführung
87 von Sofort-Hilfen während der laufenden Prüfverfahren.

Antrag G14: Keine Kostenübernahme für homöopathische Arzneimittel durch die Gesetzliche Krankenversicherung und die Beihilfe für Beamt:innen

Antragsteller*in: SPD KV Böblingen, SPD KV Mannheim, SPD KV Tübingen

Sachgebiet: G - Gesundheit und Pflege

- 1 Die Möglichkeit zur Kostenübernahme für homöopathische Arzneimittel durch die
- 2 Gesetzliche Krankenversicherung soll gestrichen werden. Zudem soll die
- 3 Beihilfefähigkeit der Kosten für homöopathische Arzneimittel für die Beamt:innen des
- 4 Bundes und der Länder nicht mehr bestehen. Schließlich sollen Versorgungsverträge für
- 5 Homöopathie gemäß § 73 c SGB V nicht mehr zulässig sein.
- 6 In diesem Zusammenhang wird die Entscheidung der Vertreterversammlung der
- 7 Landesärztekammer Baden-Württemberg, gegen den Willen von Landesminister Lucha die
- 8 Zusatzbezeichnung Homöopathie künftig auch in Baden-Württemberg aus der
- 9 Weiterbildungsverordnung zu streichen, unterstützt.

Antrag AS05: Digitale Zugangsrechte für Gewerkschaften im Betrieb gesetzlich verankern

Antragsteller*in:	AG AfA Baden-Württemberg
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

- 1 Die baden-württembergische Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten möge darauf
- 2 hinwirken, dass für Gewerkschaften unmissverständlich auf gesetzlicher Grundlage
- 3 digital dieselben Zugangsrechte in den Betrieb verankert werden wie auf analoger
- 4 Ebene.

Antrag AS07: Queeres Leben in Verwaltung und Betrieb schützen - Diskriminierung abbauen - Akzeptanz schaffen

Antragsteller*in:	AG AfA Baden-Württemberg
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziales

- 1 Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz von queerem Leben in der Verwaltung und in
2 den Betrieben zu steigern, vor Diskriminierung zu schützen und deren Akzeptanz zu
3 steigern. Hierfür soll ein Aktionsprogramm mit Umsetzungsvorschlägen für die
4 Verwaltung auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene entwickelt werden.
- 5 Ziel soll es sein, Arbeitgebern und Interessenvertretungen einen "Werkzeugkasten" zur
6 Auswahl für die Akzeptanzsteigerung queerer Menschen in der Arbeitswelt zur Verfügung
7 zu stellen. Bei der Entwicklung des "Werkzeugkasten" sollten die verschiedenen
8 Branchen sowie Größen von Betrieben und Verwaltungen berücksichtigt werden.
- 9 Mit einer Werbekampagne soll dieser "Werkzeugkasten" bekannt gemacht und bei der
10 Umsetzungsberatung durch die Kommunale Verwaltung stattfinden.
- 11 Beispielhaft könnte dieser Werkzeugkasten Umsetzungsvorschläge für:
- 12 • Diversity-bewusste, inklusive Kommunikation. Ziel: Offenheit für Vielfalt
13 transportieren
 - 14 • Awareness-Workshops für Führungskräfte & Akteur: innen. Ziel: Sensibilisierung
15 und konkrete Handlungsideen
 - 16 • Angebote für LSBT*I*Q+ Beschäftigte: Workshops, Vernetzung, Beratung & Coaching.
17 Ziel: Selbststärkung, Resilienz und Leistungsfähigkeit
 - 18 • Strukturelle Verankerung von Vielfalt (z.B. Räume, Richtlinien, „transition
19 guidelines“ etc.) Ziel: Berücksichtigung der LSBT*I*Q+ Vielfalt der
20 Beschäftigten
 - 21 • Angebot an Schulungen zum Thema Diversity und Queer at Work für
22 Betriebsrät:innen erweitern. Ziel: Größeres Bewusstsein schaffen.
 - 23 • Schaffung von Diversity-Beauftragten in Großbetrieben und Verwaltung.

Antrag SON02: Antrag auf Einführung des "Gender Budgeting" im Landeshaushalt

Antragsteller*in:	AG SPD Frauen Baden-Württemberg
Sachgebiet:	SON - Sonstiges

1 Bereits im SPD-Bundestagswahlprogramm 2021 wurde eine geschlechtergerechte
2 Haushaltssteuerung beschlossen. Wir fordern die SPD Landtagsfraktion auf, sich für
3 die zeitnahe Einführung bzw. den Ausbau einer Analyse der Teilhabe der Geschlechter
4 bei der Haushaltsaufstellung auf Landesebene einzusetzen. Ein Wissen um die
5 Wirkungsziele von Haushaltsentscheidungen ist Voraussetzung für die Beurteilung, ob
6 staatliche Mittel gerecht verteilt werden. Dazu sind im Land Strukturen zu
7 etablieren, die – beginnend in einzelnen Ressorts – Haushaltsentscheidungen daraufhin
8 analysieren, welche Geschlechter in welchem Umfang von welchen Budgetentscheidungen
9 profitieren und daran teilhaben. Für einzelne Kapitel oder auch Haushaltsstellen soll
10 also analysiert werden: Wer sind die Nutzer*innen der Dienstleistungen und/oder
11 Produkte? Die Daten sollen gleich von Beginn an geschlechtsspezifisch und so
12 differenziert wie möglich erhoben werden. Dann soll gefragt werden: Wie wirkt sich
13 das geplante Vorhaben auf die Situation von Frauen, Männern und nicht binäre Personen
14 aus? Wem kommen die jeweiligen Dienstleistungen und/oder Produkte derzeit zugute? Wer
15 kann die Dienstleistungen und/oder Produkte vor allem nutzen und profitiert daher? Auf
16 wen wirkt sich die Prioritätensetzung nachteilig aus? Wie kann ein Beitrag zur
17 Gleichstellung geleistet werden? Wie können Produkte und/oder Dienstleistungen
18 gestaltet werden, damit sie den tatsächlichen Zielgruppen besser zugutekommen
19 beziehungsweise besser genutzt werden können? Wie können Prioritäten gesetzt werden?

Antrag SON03: Internationaler Frauentag

Antragsteller*in:	AG SPD Frauen Baden-Württemberg
Sachgebiet:	SON - Sonstiges

- 1 Der 8. März "Der Internationale Frauentag" soll ab dem Jahr 2026 auch in Baden-
- 2 Württemberg gesetzlicher Feiertag werden.